

Auszug aus den Tätigkeitsberichten

Bericht über die
Aussenbeziehungen

—

2019



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK

Staatskanzlei SK

Chorherrengasse 17, 1701 Freiburg
T +41 26 305 10 45
staatskanzlei@fr.ch, www.fr.ch/sk

—

März 2020

—

Auf 100 % umweltfreundlichem Papier gedruckt

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4	4 Freiburg auf der internationalen Bühne	22
1 Freiburg auf der Bundesbühne	5	Grand-est	22
Vordringliche Dossiers	5	VRE	22
Agroscope	5	Europäische Integration	23
Fruchtfolgeflächen (FFF)	6	Empfang von Botschaftern	23
Institut für Föderalismus	6	Russland	23
Gesetz über den Bevölkerungsschutz	6	Schweden	23
Digitalisierung (eID und E-Voting)	6	Meet the ambassadors EDA	23
Bundesamt für Strassen (ASTRA)	7	5 Direktionen: Interkantonale Zusammenarbeit	24
Gesetz über die Ergänzungsleistungen	7	EKSD	24
Transparenz	7	Interkantonale Zusammenarbeit	24
Milchproduktion	7	Interkantonales Gymnasium der Region Broye	27
Finanzausgleich	9	Nachwuchsförderung	28
CO ₂ -Gesetz	9	SJD	28
Einheitliche Finanzierung des Gesundheitswesens	9	Interkantonale Zusammenarbeit	28
STEP	9	ILFD	28
Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen	10	Interkantonale Zusammenarbeit	28
Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag	10	VWD	29
Universitäten und Hochschulen	10	Interkantonale Zusammenarbeit	29
Jagdgesetz	10	Neue Regionalpolitik	29
Kampfflugzeuge	11	GSD	30
2 Wichtige Ereignisse in Freiburg	12	Interkantonale Zusammenarbeit	30
3 Freiburg auf der interkantonalen Bühne	14	FIND	31
KdK	14	Interkantonale Zusammenarbeit	31
Aufgaben Bund-Kantone	14	Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen	32
E-Government	15	RUBD	32
Agenda Integration / Asyl	15	Interkantonale Zusammenarbeit	32
InstA	15	Staatskanzlei	33
WRK	15	Interkantonale Zusammenarbeit	33
Kulturbotschaft 2021-24	16	Imagewerbung für den Kanton Freiburg	34
Reise nach Brüssel	16	Anhänge	35
Politik zur Unterstützung der Medien	17	Anhang I: Vernehmlassungen des Bundes	35
Gesamtarbeitsverträge	17	Anhang II: Direktorenkonferenzen	39
Meinungsäußerung der Fachkonferenzen	17	Anhang III: Präsidien und Vizepräsidien	41
BBL (Sprachen im öffentlichen Beschaffungswesen)	17	Anhang IV: Interkantonale Vereinbarungen	43
Transparenz beim Lobbyismus im Bundeshaus	17	Anhang V: Tätigkeitsfelder der Aussenbeziehungen	44
Inländervorrang	18	Beziehungen zu Bundesbern	44
HRS	18	Regierungszusammenarbeit und interkantonale Zusammenarbeit	44
Smart Capital Region	18	International – Europäische Union	44
Verfolgung der Zentralisierung der SRG	18	Besondere Aufgaben	44
Film Office	18		
Zweisprachigkeit	18		
Cluster Food & Nutrition	19		
Forum 2019	19		
CLDF	19		
Unternehmensbesteuerung (OECD)	19		
Besteuerung von Ehepaaren	19		
Besteuerung der Grenzgänger	20		
Eigenmietwert	20		
STAF	20		

Einleitung

Es wird manchmal gesagt, dass die Stärke einer Kette an der Stärke ihres schwächsten Gliedes gemessen werden kann. Ein Ausdruck, der für ein föderalistisches Land wie die Schweiz, das aus 26 Mikrostaaten besteht, die sich zwar sehr ähnlich, und doch unterschiedlich sind, von grosser Bedeutung ist. Seit fast zwei Jahrhunderten wirken sie aktiv der Konstruktion einer stabilen, wohlhabenden und innovativen Schweiz mit.

Dennoch bleibt der Erhalt des nationalen Zusammenhalts eine permanente Herausforderung: Seit mehreren Jahrzehnten stellt die zunehmende Zentralisierung des Staates den Föderalismus auf die Probe. Er führt tendenziell dazu, die Kräfteverhältnisse zwischen den Kantonen zu verstärken, wie die schwierige Debatte um den Finanzausgleich 2019 zeigte. Letztlich haben die mächtigeren Kantone den Kantonen mit geringerem Ressourcenpotenzial ihren Willen auferlegt.

Ist die Souveränität der Kantone in Gefahr? Diese Frage zu bejahen, wäre sicherlich übertrieben, aber es gilt wachsam zu sein. Im vergangenen Jahr haben mehrere Gesetzesentwürfe in den Kantonen besondere Aufmerksamkeit erregt, da sie mit grossen Kostenverschiebungen oder einer unerwünschten Zentralisierungsdynamik verbunden sind, wie z. B. Kontrollmassnahmen im Rahmen der Forschungs- und Ausbildungsförderung, die Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung, Vorschläge für ein Moratorium beim E-Voting oder die Vorrang der auf nationaler Ebene abgeschlossenen Gesamtarbeitsverträge über das kantonale Recht. Die Debatte über die einheitliche Pflegefinanzierung zeigt auch, wie schwierig es für die Kantone ist, einige ihrer Rechte angemessen unter Kontrolle zu behalten.

Die Stärke des Schweizer Föderalismus wird auch an der Gesundheit seiner Medien gemessen. Seit einigen Jahren wurde ihr Geschäftsmodell mit dem Aufkommen des Internets und des freien Zugangs zur Information auf den Kopf gestellt. Die Konzentration hat, ebenso wie die Konkurse von emblematischen Titeln, insbesondere in der Westschweiz, stark zugenommen. Der Sektor für Aussenbeziehungen hat dieses Thema sehr aufmerksam verfolgt, insbesondere

durch die Überlegungen der Stiftung ch. Die von ihr im November 2019 organisierte nationale Konferenz hat gezeigt, dass es Spielraum für eine indirekte Unterstützung der Medien gibt, die in einer Demokratie, in der die Bevölkerung – viermal pro Jahr – als Schiedsrichter im Gesetzgebungsprozess fungiert und den Ton angibt, unerlässlich ist.

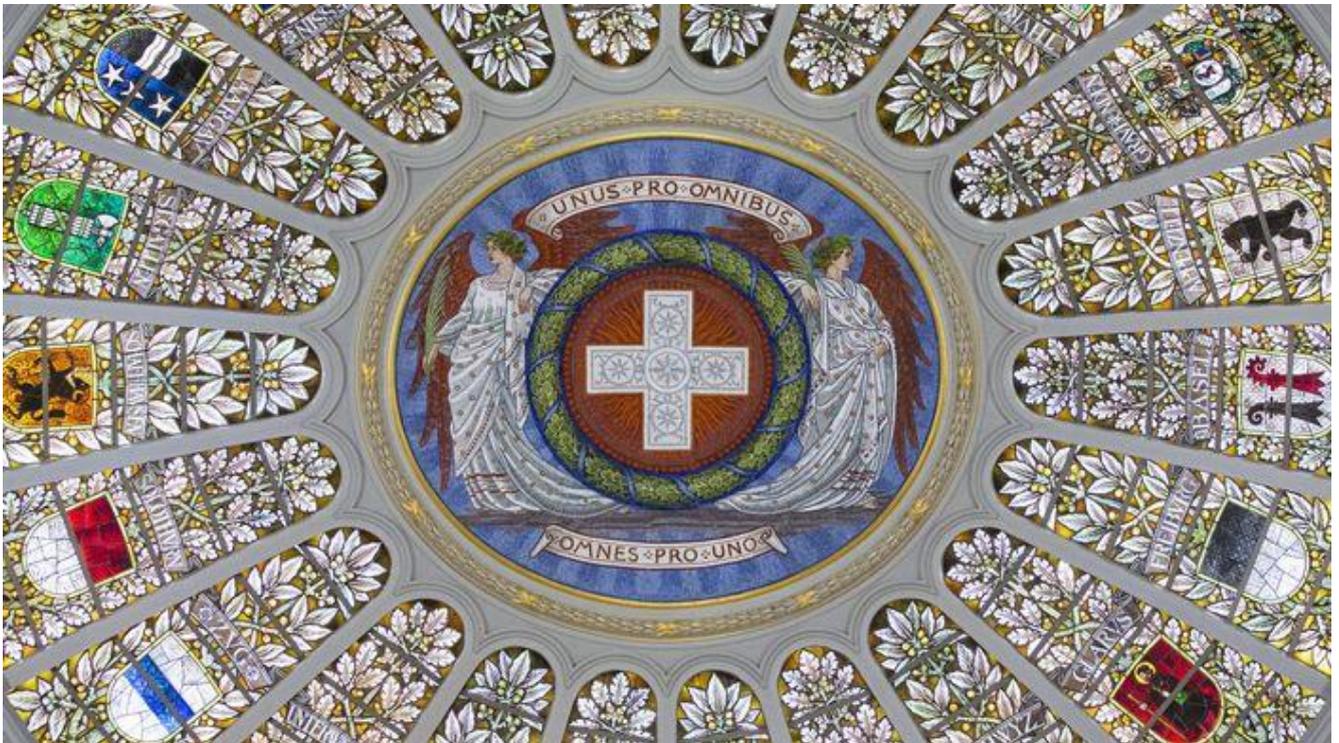
«Im Herzen dieser Schweiz im Wandel hat sich Freiburg auch dieses Jahr wieder Gehör verschafft und seinen Platz verteidigt».

Im Herzen dieser Schweiz im Wandel konnte sich Freiburg auch dieses Jahr wieder Gehör verschaffen und seinen Platz verteidigen: Die Mobilisierung seiner Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier und des Staatsrates mit Unterstützung der Aussenbeziehungen ermöglichte es insbesondere, das für den Kanton wichtige Agroscope-Dossier, Grundfinanzierung des Instituts für Föderalismus, die Bahninfrastruktur und die Konsolidierung des ASTRA-Standorts Estavayer-le-Lac wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

Und weil man nur gemeinsam weiter kommt, hat der Kanton sein Netzwerk weiter gepflegt und traf sich mit den anderen Kantonen, um eine fruchtbare Zusammenarbeit aufzubauen. Er hat sich in seiner ganzen Vielfalt auch an Grossanlässen wie der Fête des Vignerons oder der vom Bereich Aussenbeziehungen organisierten Feier zum Nikolaustag im Bundeshaus präsentiert.

2019, ein eidgenössisches Wahljahr, markiert schliesslich grosse Veränderungen in der Präsenz Freiburgs auf der nationalen politischen Bühne: Einige symbolträchtige Figuren verlassen sie, andere nehmen ihren Platz ein, alle mit dem Willen, ein neues Kapitel zu schreiben. Aber ein wichtiger Gedanke steht nach wie vor im Mittelpunkt des Bestrebens: Freiburg zu einem glaubwürdigen und gut vernetzten Kanton zu machen, der es versteht, seine Interessen zu verteidigen, aber auch auf andere zuzugehen, um einen lebendigen Föderalismus im Dienst des übergeordneten Gleichgewichts zwischen Kantonen, den Gemeinden und dem Bund mitzutragen.

1 Freiburg auf der Bundesbühne



© Parlamentsdienste

Die Glaskuppel zwischen den jeweiligen Ratssälen ist eines der Wahrzeichen des Bundeshauses. Sie bekräftigt mit ihrer Losung die Einheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, erinnert aber auch an die Vielfalt der Kantone, aus denen sie besteht.

Vordringliche Dossiers

Im Rahmen der Überwachung von Dossiers des Bundes von spezifischer Bedeutung für den Kanton hat der Sektor Aussenbeziehungen folgenden Geschäften besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Agroscope

Im März 2018 lanciert der Bundesrat einen Umstrukturierungsplan für Agroscope mit besonderer Resonanz für Freiburg: die Zentralisierung aller Aktivitäten, die bisher auf zwölf Standorte in der ganzen Schweiz verteilt waren, am Standort Posieux. Es überrascht nicht, dass die Ankündigung starke Reaktionen hervorruft; mit mehreren Vorstössen in beiden Kammern wird gefordert, dass das Projekt ganz einfach aufgegeben wird. Das Dossier wird sofort zu einer Priorität für den Staatsrat und die Freiburger Mitglieder der Bundesversammlung. Zwei Anträge der Finanzkommission des Nationalrats (FK-N), die unter der Federführung von Nationalrat Jacques Bourgeois ausgearbeitet wurden, haben die

Situation rasch entschärft. Sie beantragen, einerseits die Sparvorgabe - der Hauptgrund der Strukturreform - in eine Effizienzvorgabe umzuwandeln und andererseits ein weniger zentralisiertes Organisationskonzept mit einem zentralen Forschungscampus, zwei regionalen Forschungszentren und mehreren dezentralen Forschungsstationen (Satelliten) zu übernehmen. Die Lösung überzeugt den Bundesrat und dann die eidgenössischen Kammern. Der Standort Posieux wurde ausgewählt, um die Rolle des zentralen Forschungscampus zu übernehmen, mit mehr als 400 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Die Realisierung des Projekts ist derzeit im Gange; es zielt insbesondere auf die Verteilung der Aktivitäten auf die verschiedenen ausgewählten Standorte ab. Das Projekt wird von den Mitgliedern des Parlaments und vom Staatsrat, der seit 2008 von einer kantonalen Arbeitsgruppe aus allen vom Projekt betroffenen Spezialisten unterstützt wird, genau verfolgt.

Fruchtfolgeflächen (FFF)

Der Kanton Freiburg profitiert von einem wichtigen Primärsektor sowie einer starken Wirtschafts- und Immobilienentwicklung. Er ist daher sehr besorgt über die Überarbeitung des Sachplans Fruchtfolgeflächen, der von Dezember 2018 und April 2019 in Vernehmlassung war. Das vorrangige Ziel dieser Reform ist die Vereinheitlichung der Kartierungsstandards auf der Ebene der Schweiz, um die Verfahren für den Ausgleich der Flächen zu erleichtern. Neben den zentralen technischen Fragen geht es auch um die Bodennutzung. Dieser Aspekt wird auch im Rahmen der zweiten Revision des Raumplanungsgesetzes diskutiert. Die Ergebnisse der Vernehmlassung sind noch nicht bekannt, aber es ist klar, dass dieses Dossier sehr aufmerksam verfolgt wird, zumal das vorgestellte Projekt Probleme bei den Kompetenzen und der Aufgabendelegation des Bundes an die Kantone aufwirft.

Institut für Föderalismus

Dieses Institut, das von der Universität Freiburg beherbergt wird, ist einer der Hauptakteure in allen Fragen des Föderalismus. Es wird auch auf internationaler Ebene häufig bemüht, die Erfahrung der Schweiz bei politischer Organisation, Dezentralisierung oder Beratung zu guter Regierungsführung anzubieten. Seit 2017 und seit dem Aufhören der finanziellen Unterstützung durch den Bund ist das IFF jedoch nicht mehr in der Lage, alle von ihm angebotenen Mandate weiter zu erfüllen.

Unter der Leitung von Beat Vonlanthen hat sich die kantonale Delegation in den eidgenössischen Kammern erfolgreich für die Interessen dieser Institution von nationaler Bedeutung, an dem der Staatsrat hängt, eingesetzt. Das Dossier soll bis 2020 mit der Wiedereinführung einer Grundfinanzierung für das Institut abgeschlossen sein.

Gesetz über den Bevölkerungsschutz

Während der Wintersession 2019 verabschiedete das Parlament eine umfassende Revision des Bevölkerungs- und Zivildienstgesetzes (BZG). Beim Bevölkerungsschutz klärt das Gesetz die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen. Daher sind Kostentransfers zwischen den institutionellen Ebenen vorgesehen.

Im Bereich des Zivildienstes sieht der Text eine Verkürzung und eine Lockerung der Dienstzeit vor, die künftig mit dem Militärdienst harmonisiert wird. Damit haben die eidgenössischen Kammern den Kantonen die Möglichkeit genommen, einen langen Dienst einzuführen.

Digitalisierung (eID und E-Voting)

Der Kanton Freiburg hat den Ehrgeiz, sich im Dienste der Bürgerinnen und Bürger als Pionierkanton beim digitalen Wandel zu positionieren. Zwei Schlüsseldossiers haben zu grossen Diskussionen auf Bundesebene geführt: das E-GVoting und die Schaffung einer digitalen Identität, wofür sich Freiburg stark eingesetzt hat.

Angesichts der Investitionen technischer und finanzieller Mittel in das E-Voting, ist der Staatsrat über die Absicht des Parlaments, über verschiedene Gesetzesanträge ein Moratorium zu erwirken, beunruhigt. Ein solcher Entscheid könnte die Kantone dazu zwingen, ihre entsprechenden Projekte aufzugeben und das erworbene Know-how dazu zu verlieren. Die Schaffung einer digitalen Identität (eID), die zur Vereinfachung von elektronischen Behördengängen erforderlich ist, hat im Parlament ebenfalls zu intensiven Debatten geführt; das Partnerprojekt zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft, das von den eidgenössischen Kammern verabschiedet wurde, wird mit einem Referendum bekämpft. Die Bevölkerung stimmt darüber 2020 ab.



© Mix&Remix, Staatsarchiv des Kantons Waadt

Analoges oder digitales Dokument... ist doch alles Papierlapap!

Bundesamt für Strassen (ASTRA)

Die seit 2008 in Estavayer-le-Lac angesiedelte Filiale des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) beschäftigt rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Frühjahr 2019 informierte die Filiale die Freiburger Regierung jedoch über ihre Überlegungen zu einem möglichen Umzug nach Yverdon.

Der Staatsrat reagierte sofort und leitete einen Dialog zwischen den Freiburger Behörden und dem Direktor der Filiale ein. Es konnten Lösungen gefunden werden, die den Erwartungen des ASTRA entsprachen und die dem Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) vorgelegt werden konnten. Ein günstiges Ergebnis für den Standort Estavayer-le-Lac wird in Kürze erwartet.

Gesetz über die Ergänzungsleistungen

Die Kantone sind stark von der Reform des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) betroffen, einer Versicherung, deren Leistungen zu 70 % von ihnen finanziert werden. Der Entwurf des Bundesrates, dessen Ziel es ist, die Bundesausgaben zu reduzieren, erregte daher die Aufmerksamkeit des Staates Freiburg. Die Einführung einer Vermögensschwelle, ab der Ergänzungsleistungen in Anspruch genommen werden können, wird es dem Kanton jedoch nicht erlauben, grosse Einsparungen zu erzielen.

Laut einer 2016 durchgeführten Umfrage befinden sich die meisten der aufgrund dieser neuen Regelung von den Ergänzungsleistungen ausgeschlossenen Personen in Pflegeheimen. Nach kantonalem Recht haben sie daher Anspruch auf Subventionen zu den Betreuungskosten, wenn ihr Einkommen nicht ausreicht, um den Aufenthalt im Altersheim zu finanzieren. Die auf der Seite der Ergänzungsleistungen erzielten Einsparungen würden also durch die mit den Zuschüssen verbundenen Mehrkosten ausgeglichen.

Transparenz

Seit der Annahme einer kantonalen Volksinitiative im Jahr 2018 ist Freiburg ein Pionierkanton auf dem Gebiet der Transparenz. Er verfolgt daher sehr aufmerksam das Schicksal der Initiative der SP auf Bundesebene für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenz-Initiative) sowie den von der Staatspolitischen Kommission des

Ständerats (SPK-S) vorgeschlagenen indirekten Gegenvorschlag. Die Wirksamkeit des kantonalen Systems der Transparenz würde durch zusätzliche Regelungen des Bundes verbessert.

Aus föderalistischer Sicht hätten diese beiden Texte Auswirkungen auf die Autonomie des Kantons, sowohl was die auf nationaler Ebene vertretenen kantonalen Parteien als auch die Ständeratswahlen anbelangt. Ein weiteres wichtiges Thema für den Kanton ist das Risiko zusätzlicher Kosten, die durch die Prüfung der Finanzierungserklärungen entstehen.

Eidgenössische Abstimmungen 2019

- > Eidgenössische Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» (10.02.2019), von 63,7 % der Bevölkerung und allen 26 Kantonen abgelehnt.
- > Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) (19.05.2019), von 66,4 % der Bevölkerung und von allen 26 Kantonen angenommen.
- > Umsetzung einer Änderung der EU-Waffenrichtlinie - Entwicklung des Schengen-Besitzstandes (19.05.2019), von 63,7 % der Bevölkerung und 25 Kantonen angenommen.

Milchproduktion

Nach drei Standesinitiativen, darunter eine aus dem Kanton Freiburg, hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK) eine Motion zu den Bedingungen für den Verkauf von Rohmilch eingereicht. Dieser Text sieht eine Stärkung der Planungsmöglichkeiten der Produzenten vor, indem in die Standardverträge bestimmte Preise für einen Zeitraum von mindestens drei Monaten statt wie bisher für einen Monat aufgenommen werden.

Der Kanton Freiburg, der fast 10 % der Schweizer Milch produziert, ist von diesen möglichen Veränderungen stark betroffen und befürwortet ein obligatorisches Standardvertragssystem auf allen Ebenen des Rohmilcheinkaufs und -verkaufs.

Die Freiburger Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Bundeshaus



©Alain Wicht

Die ehemaligen Freiburger Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier bei Arbeitssitzungen mit dem Delegierten für Aussenbeziehungen.

Ein wichtiger Teil der Arbeit des Sektors Aussenbeziehungen besteht darin, eine genaue Verfolgung der Bundespolitik und insbesondere der Themen, die den Kanton Freiburg betreffen, zu gewährleisten. Zu diesem Zweck unterhält der Sektor regelmässig enge Beziehungen den Freiburger Mitgliedern der eidgenössischen Räte und steht in Verbindung mit dem Staatsrat und mit den Ämtern der kantonalen Verwaltung.

Diese Zusammenarbeit erfolgt in Form von Sensibilisierungsaktivitäten für Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu Themen, die im Parlament diskutiert werden und die bedeutende Folgen für den Kanton haben. Für Angelegenheiten von zentraler Bedeutung für den Kanton Freiburg werden auch Mobilisierungsaktivitäten in Zusammenarbeit mit der kantonalen Verwaltung durchgeführt. Zwischen den Parlamentarierinnen und Parlamentariern und dem Staatsrat findet in Anwesenheit des Delegierten für Aussenbeziehungen vor jeder Session ein offizielles Treffen statt; Das Programm für die bevorstehende Session wird eingehend analysiert, und es werden spezifische Diskussionen über strategische Themen geführt, die zuvor von den Direktionen vorgeschlagen wurden. Schliesslich organisiert der Sektor Aussenbeziehungen während jeder Session ein informelles und gemütliches Treffen mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, um die Beziehungen zu stärken und die Verfolgung aktueller Themen zu gewährleisten.

Kommissionspräsidentien

Zwei gewählte Freiburger Parlamentarierinnen und Parlamentarier hatten während der zweiten Legislaturhälfte die Ehre, parlamentarische Kommissionen zu präsidieren: Christine Bulliard-Marbach (Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur WBK) und Jean-François Rime (Kommission für Wirtschaft und Abgaben WAK). Traditionellerweise veranstalten die Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten die letzte Sitzung in ihrem Wohnkanton. Dies war 2019 in Freiburg und Charmey der Fall. In beiden Fällen lud der Staatsrat die Mitglieder der Kommissionen zu einem Abendessen und liess sich dabei durch mehrere seiner Mitglieder vertreten.

Finanzausgleich

Im Herbst 2018 hat der Bundesrat aufgrund der Ergebnisse des Evaluationsberichts über die Wirksamkeit des Finanzausgleichs für den Zeitraum 2016-2019 und der Vernehmlassung zu diesem Bericht einen Entwurf zur Änderung des Finanzausgleichs vorgelegt. Der Grossteil dieses Projekts basiert auf Vorschlägen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Dazu gehören eine schrittweise Erhöhung der Mindestausstattung des Kantons mit dem geringsten Ressourcenpotenzial (86,5 % gegenüber 85 % vorher), eine veränderte Verteilung der Mittel auf die Kantone mit geringem Ressourcenpotenzial – darunter Freiburg – und eine Zuteilung der so freigesetzten Mittel (280 Mio. CHF) zwischen 2021 und 2025, die je zur Hälfte für den Ausgleich von übermässigen Lasten aufgrund soziodemografischer Faktoren und für die Kantone mit geringem Ressourcenpotenzial verwendet werden.

Der Entwurf, der von den eidgenössischen Kammern schliesslich ohne grössere Änderungen angenommen wurde, kommt vor allem den «reichen» Kantonen zugute, während sich die Situation in den Kantonen mit geringem Ressourcenpotenzial verschlechtert. Aus der Sicht des Kantons Freiburg hinterlässt der von der KdK gefeierte «Kompromiss der Kantone» eher den Eindruck eines Kampfs zwischen David und Goliath, in dem die Mächtigsten ihren Willen durchsetzen.



© Barrigüe, Eidgenössische Steuerverwaltung, *Das Schweizer Steuersystem*

CO2-Gesetz

Die Klima- und Umweltpolitik und die Energiewende standen im letzten Jahrzehnt ganz oben auf der politischen Agenda. Dennoch erhitzte die Klimafrage Ende 2018 die Gemüter, nachdem Zehntausende junger Menschen auf den Strassen demonstrierten und ehrgeizigere Massnahmen gegen die globale

Erwärmung forderten. Das ging so weit, dass das CO₂-Gesetz, das im Dezember 2018 vom Nationalrat versenkt wurde, schnell wieder auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt wurde. Ziel: Dank dem Ständerat kann eine neue Version, welche die Ansprüche des Bundesrates übertrifft, lanciert werden.

Die wichtigsten geplanten Massnahmen betreffen den Gebäudebereich. Sie sollen die Energiepolitik der Kantone ergänzen, insbesondere durch Emissionsgrenzwerte. Im Entwurf sind auch Abgaben auf Flugtickets (wobei ein Teil der damit eingenommenen Mittel an die Bevölkerung weitergegeben wird) und Erhöhungen der Steuern auf Treibstoff und Brennstoffe vorgesehen. Geplant ist auch die Einrichtung eines Klimafonds, aus dem unter anderem Massnahmen zur Reduzierung der Emissionen von Gebäuden finanziert werden sollen.

Einheitliche Finanzierung des Gesundheitswesens (EFAS)

Die einheitliche Finanzierung der Spitalversorgung ist als grosse gesundheitspolitische Reform ein zentrales Anliegen der Kantone. Mit dieser Änderung des KVG soll die Finanzierung von stationären und ambulanten Leistungen vereinheitlicht werden. Sie wird – im aktuellen Stadium der Parlamentsdebatten – von den kantonalen Gesundheitsdirektoren stark kritisiert.

Die Kantone, darunter auch Freiburg, drohen mit einem Kantonsreferendum. Es werden drei Hauptforderungen gestellt: die Reform darf nicht mit der Steuerung der Zulassung von Leistungserbringern gekoppelt werden; sie muss die Langzeitpflege integrieren; die Kantone müssen mehr Transparenz erhalten, um eine angemessene Kontrolle des Abrechnungssystems zu gewährleisten, die im gegenwärtigen Entwurf nur in den Händen der Versicherer liegt.

STEP

Im ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates sah das Strategische Entwicklungsprogramm Eisenbahninfrastruktur, Ausbauschritt 2035, Investitionen von 11,9 Milliarden Franken für den Ausbauschritt 2035 vor. Es überrascht nicht, dass die Kantone in dieser Sache sehr aktiv waren.

Am Ende fügte der Ständerat einen Betrag von fast 1 Milliarde Franken hinzu, insbesondere um eine direkte Verbindung zwischen Neuenburg und

La Chaux-de-Fonds bauen zu können, anstatt die bestehende Strecke zu modernisieren, wie dies der Bundesrat ursprünglich wollte. Auch der Nationalrat erhöhte das Budget auf einen Endbetrag von 12,9 Milliarden Franken. Der Staatsrat begrüßte die Einführung des Viertelstundentaktes zwischen Avry und Freiburg und die Verkürzung der Reisezeit zwischen Bulle und Freiburg.

Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB)

Anfang 2017 hat der Bundesrat seine Botschaft zur Totalrevision des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) vorgelegt, die für die Kantone ebenfalls ein zentrales Thema ist. Dieses Gesetz kam in der Schlussabstimmungen der Junisession 2019 durch.

Der Bundesrat wollte den Grundsatz der Transparenz bei den Vergabeverfahren einschränken, was das Parlament nicht wollte. Zudem beschlossen die eidgenössischen Kammern, die Grundsätze zur Festlegung der sprachlichen Anforderungen an die Ausschreibungen direkt im Gesetz zu verankern. Diese müssen in mindestens zwei Amtssprachen veröffentlicht werden. Wie man KMU besser vor Billiganbietern schützen kann, ist seit langem ein Stolperstein zwischen den beiden Kammern. Der Staatsrat wollte den Kaufkraftunterschieden in den Ländern, in denen die Leistung erbracht wird, Rechnung tragen, während der Nationalrat das Preisniveau beibehalten wollte. Die letztere Lösung wurde schliesslich im Rahmen der internationalen Handelsregelungen und zur Zufriedenheit der Kantone beibehalten.

Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag (VVG)

Fribourg verfolgte, wie insbesondere die französischsprachigen Kantone, diesen Entwurf einer Teilrevision, nachdem der Bundesrat – nach dem Vernehmlassungsverfahren – eine wichtige Bestimmung über die Möglichkeit einer einseitigen Vertragsänderung durch den Versicherer hinzugefügt hatte. Dieser von den Versicherungsvertretern gewünschte Punkt wurde insbesondere wegen seiner möglichen Auswirkungen im Bereich der Krankenzusatzversicherungen stark abgelehnt. Die eidgenössischen Kammern beschlossen schliesslich, in diesen Fällen keine einseitige Kündigung zu ermöglichen. Das Dossier ist noch nicht

abgeschlossen, da der Nationalrat Differenzen aufrechterhalten hat, insbesondere was die Rechte der geschädigten Person betrifft.

Universitäten und Hochschulen

Drei Angelegenheiten haben den Staatsrat, den Sektor für Aussenbeziehungen und die Freiburger Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Bundeshaus im Bereich der Universitäten und Hochschulbildung mobilisiert: das Budget für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI), für das ein höherer Betrag als ursprünglich vom Bundesrat geplant erreicht werden konnte; die Ablehnung eines Modells zur Effizienzmessung – mit der Erstellung eines Ad-hoc-Berichts –, damit grössere Kostenabwälzungen auf die Kantone vermieden werden können; die Ablehnung eines zeitlich befristeten Programms, das der Entwicklung von Digitalisierungsprojekten an Hochschulen, in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zusätzliche Impulse geben soll. Diese Massnahme wäre mit der in der FRI-Botschaft vorgesehenen überflüssig geworden, während sie gleichzeitig zusätzliche Investitionen ausgelöst hätte, die für die Kantone nur schwer zu tragen gewesen wären. Dieser Entwurf wurde von den eidgenössischen Kammern zur Zufriedenheit der Kantone abgelehnt.

Jagdgesetz

Im Jahr 2017 hat der Bundesrat eine Teilrevision des Jagdgesetzes vorgelegt, um den Forderungen einiger Kantone gerecht zu werden. Unter den empfohlenen Massnahmen wurde die Möglichkeit eingeführt, Regulierungsabschlüsse von Wölfen und anderen geschützten Arten durchzuführen, wenn sie ein Risiko für Schäden oder Gefahren für den Menschen darstellen. Zu diesen Arten gehören zum Beispiel Steinbock, Schwan, Luchs und Biber. Die Revision umfasst auch Anpassungen der Bestimmungen über die jagbaren Arten und die Schonzeiten. Die Bestimmung, die eine Harmonisierung der Jagdprüfungen vorsieht, wurde von den eidgenössischen Kammern schliesslich nicht angenommen; sie mussten eine Schlichtungskonferenz einberufen, um diese Revision am Ende der Herbstsession 2019 unter Dach und Fach zu bringen. Das Schweizer Volk soll über diese Revision abstimmen, da von den Naturschutzverbänden ein von der Linken unterstütztes Referendum ergriffen wurde.

Kampfflugzeuge

Da die meisten Rüstungsunternehmen in der Deutschschweiz ansässig sind, hängt die Vergabe von Gegengeschäften an Unternehmen in der Westschweiz stark von dem im Planungsbeschluss zum Flugzeugkauf festgelegten Kompensationssatz ab. Der Bundesrat – gefolgt vom Nationalrat – hat sich für einen Kompensationssatz von 60 % entschieden, um eine Erhöhung des Kaufpreises für die Flugzeuge zu vermeiden. Bei früheren Beschaffungen wurde dieser Satz immer auf 100 % festgesetzt. Die französischsprachigen Kantone, darunter Freiburg, haben sich über die Westschweizer Konferenz der

Volkswirtschaftsdirektorinnen und Volkswirtschaftsdirektoren (CDEP-SO) zusammengetan, um ihre Position zu behaupten. Nach intensiver Debatte einigten sich die eidgenössischen Kammern auf einen Kompensationssatz von 60 %. Die lateinischen Kantone haben jedoch die Einführung eines regionalen Verteilschlüssels für die Entschädigung erreicht, um den wirtschaftlichen Nutzen so gleichmässig wie möglich zu verteilen. Bleibt eine wesentliche Bedingung: dass das Volk die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge gutheisst...

Eidgenössische Wahlen 2019

Nach den eidgenössischen Wahlen 2019 erhält die Freiburger Delegation im Parlament mit dem Eintritt von drei neuen Persönlichkeiten ein neues Gesicht: Johanna Gapany (FDP) kommt neben Christian Levrat (SP) in den Ständerat; Marie-France Roth Pasquier (CVP) und Gerhard Andrey (GP) treten neu in den Nationalrat ein. Sie werden dort neben den Bisherigen Pierre-André Page (SVP), Christine Bulliard-Marbach (CVP), Valérie Piller Carrard (SP), Jacques Bourgeois (FDP) und Ursula Schneider Schüttel (SP) Platz nehmen.



Die neue Freiburger Delegation, nach einer Arbeitssitzung im Bundeshaus, anlässlich der Session.

2 Wichtige Ereignisse in Freiburg

Murten Licht Festival

Im Jahr 2019 fand das jährliche Treffen zwischen dem Staatsrat und hohen Beamtinnen und Beamten der Bundesverwaltung, die Freiburg nahestehen, am Murten Licht-Festival im märchenhaften Rahmen der Stadt Murten statt.



© Markus Buess



© Adrian Scherzinger

Fête des Vignerons

Die politischen Behörden Freiburgs haben die Gelegenheit der «Dzornâ friboua» vom 20. Juli 2019 genutzt, um an die starke Verbundenheit der Freiburger Bevölkerung mit diesem symbolischen und für den Kanton wichtigen Ereignis zu erinnern.



© Up to You



© Up to You



© Martine Wohlhauser

Kilbi

Im September reisten der Staatsrat und seine Gäste, darunter Bundesrat Guy Parmelin, nach Ecuwillens, um das traditionelle Kilbimenü zu geniessen.



© Jean-Marc Guélat

St. Nikolaus

Auch in diesem Jahr entfaltete die Legende vom Heiligen Nikolaus im Bundeshaus ihren Zauber. Der Schutzpatron von Freiburg verzauberte die vom Staatsrat und seinen Botschafterinnen und Botschaftern eingeladenen Parlamentarierinnen und Parlamentarier und hohen Bundesbeamtinnen und -beamten.



© Stéphane Schmutz



© Stéphane Schmutz



© Stéphane Schmutz

3 Freiburg auf der interkantonalen Bühne



© Keystone

Das Haus der Kantone ist das Symbol par excellence des föderalistischen Systems und Sitz von Regierungskonferenzen, Direktorenkonferenzen und anderen interkantonalen Institutionen.

Um seiner Stimme auf Bundesebene Gehör zu verschaffen und weil man gemeinsam stärker ist, gehört Freiburg verschiedenen interkantonalen Konferenzen an. Für einige von ihnen – die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) oder die Hauptstadtregion Schweiz (HRS) – wird die Koordination mit dem Staatsrat vom Sektor für Aussenbeziehungen (AB) sichergestellt. Der Delegierte AB ist auch für das Sekretariat der Lateinische Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (CLDF) zuständig.

KdK

Der Kanton Freiburg wird in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) von Staatsrat Olivier Curty, Volkswirtschaftsdirektor (VWD), vertreten. Im Jahr 2019 hielt die KdK vier Plenarversammlungen ab, in denen die folgenden Themen behandelt wurden.

Aufgaben Bund-Kantone

Als der Bundesrat dieses Dossier Ende 2018 reaktivierte, war die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der lateinischen Schwei sofort skeptisch: Die Botschaft des Bundesrates – als Antwort auf eine Motion aus dem Jahr 2013 – nennt 33 Aufgabenbereiche, in denen Entflechtungsmassnahmen ergriffen werden sollten. Das Vorgehen muss von einer «Nullbilanz» ausgehen, d. h. ohne die Übertragung von Aufgaben vom Bund auf die Kantone seit 2008 und die Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) zu berücksichtigen. Entgegen der Meinung der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der lateinischen Schwei war die KdK der Ansicht, dass ein Monitoring der Entwicklung der Kosten pro Bereich genüge. Die KdK und das Eidgenössische Finanzdepartement einigten sich deshalb auf einen Mandatsentwurf zur «Überprüfung der Aufgabenteilung II», der insbesondere vier Themen

umfasst: Individuelle Verbilligung der KVG-Prämien; Ergänzungsleistungen; Regionaler Personenverkehr; Finanzierung und Entwicklung der Eisenbahninfrastruktur. Die Arbeiten in Arbeitsgruppen haben Anfang November trotz starken Vorbehalten, insbesondere der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV) und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (SDK) begonnen.

E-Government

Unter dem Thema «Freiburg macht seine Revolution 4.0» hat die Freiburger Regierung das E-Government in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen gestellt. Die Schweizer E-Government-Strategie für den Zeitraum 2020-2023 ist also für den Kanton ein Hoffnungsträger. Sie könnte nämlich möglicherweise die Kosten für die Entwicklung von Online-Verwaltungsleistungen senken, namentlich, weil sie auf der Schaffung einer zertifizierten digitalen Identität, die für alle Bereiche gilt, und eines Dienstes zur Kontrolle der Echtheit der digitalen Dokumente beruht.

Die Verantwortung für die Schaffung der Schweizer Strategie liegt bei der interkantonalen E-Government-Gruppe. Diese stellt die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organen und institutionellen Ebenen sicher. Freiburg spielt dabei sowohl auf politischer als auch auf Verwaltungsebene eine aktive Rolle.

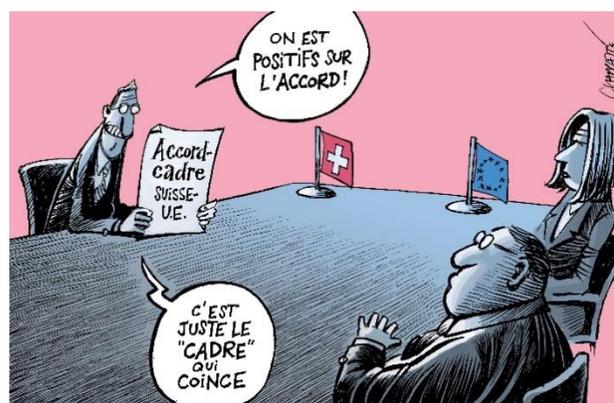
Agenda Integration / Asyl

Um die mögliche Integration der Flüchtlinge und vorläufig aufgenommenen Personen in den Arbeitsmarkt so gut und so schnell wie möglich zu bewerkstelligen, haben sich der Bund und die Kantone 2018 auf eine gemeinsame Agenda geeinigt. Die Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz (IAS) hat im Frühling 2019 begonnen. Der Bundesrat hat auch die Entschädigung der Kantone für die zusätzlichen Kosten im Zusammenhang mit den unbegleiteten Jugendlichen im Asylbereich genehmigt. Das Programm ist in zwei Phasen, die derzeit realisiert werden, aufgeteilt. Die zweite Phase zeichnet sich über Arbeitsgruppen, denen Vertreterinnen und Vertreter des Bundes und der Kantone angehören, ab. Sie ist wiederum in drei Bereiche aufgeteilt: Beurteilung und Vereinfachung des Finanzierungssystems; Monitoring; Integration der

Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ausserhalb des Asylbereichs spät in die Schweiz gekommen sind (d. h. aus den EU- oder EFTA-Staaten oder aus Drittstaaten). In diesem letzten Punkt haben der Bund und die Kantone Mühe, sich auf die Aufteilung der Kompetenzen zu einigen.

InstA

Im institutionellen Rahmenabkommen (InstA) wird eine dynamische Nachführung der Verträge über den Zugang zum Binnenmarkt der EU geplant, es wird vom Kanton Freiburg als vordringliches Thema, namentlich für die Entwicklung seiner Wirtschaft, betrachtet. Der Entwurf ist so, dass ein Beitritt ins Auge gefasst werden sollte, wobei es aber drei wesentliche Vorbehalte, die auch von den übrigen Kantonen und dem Bundesrat geteilt werden, gibt. Erstens hätte ein Verbot staatlicher Beihilfen, das normalerweise im europäischen Recht vorgesehen wird, eine Auswirkung auf die steuerliche Souveränität der Kantone (z. B. Subventionen für die Kantonalbanken). Zweitens könnte der Lohnschutz wegen der Verpflichtung zur Aufhebung gewisser flankierender Massnahmen leiden. Schliesslich hätte die automatische Übernahme der Bürgerrechtsrichtlinie finanzielle Folgen für die Kantone, weil sie den Zugang zu Sozialleistungen ausweitet. Von Seiten des Bundesrats werden deshalb Klärungen zu diesen Gegenständen erwartet; er wird die Diskussionen nach der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative wiederaufnehmen.



© Chappatte, Le Temps, www.chappatte.com

Wir sind zuversichtlich bezüglich des Abkommens Schweiz-EU, nur der « Rahmen » engt ein.

WRK

Der Kanton Freiburg wird in der Westschweizer Regierungskonferenz von Staatsrat Olivier Curty, Volkswirtschaftsdirektor (VWD), und vom Delegierten für Aussenbeziehungen vertreten.

2019 hatte der Walliser Roberto Schmidt den Vorsitz inne, ihm wird ab Januar 2020 der Waadtländer Pascal Broulis nachfolgen. Der Vorstand der WRK ist dreimal zusammengetreten, einmal davon in Brüssel. Folgende Themen haben die WRK besonders beschäftigt.

Kulturbotschaft 2021-24

Mit der neuen Kulturbotschaft werden die Ziele des vorhergehenden Zeitraums weiterverfolgt und drei Handlungsschwerpunkte gesetzt: gesellschaftlicher Zusammenhalt, kulturelle Teilhabe (und insbesondere die musikalische Ausbildung und Förderung der Kreation / der Innovation nach dem Public-Private-Partnership-Investitionsmodell.

Als zweisprachiger Kanton par excellence ist Freiburg direkt betroffen. So stösst die Forderung der Schüleraustausche zwischen den Sprachgemeinschaften, die im Teil gesellschaftlicher Zusammenhalt vorgesehen wird, auf besondere Zustimmung. Dieser Gesichtspunkt, wie auch die Filmförderung mit einer Pflicht der neuen Internet-Vertriebsplattformen, in das Schweizer Filmschaffen zu investieren, wird auch von der WRK gestützt.

Reise nach Brüssel

Alle zwei Jahre unternimmt die WRK – in Begleitung einer Delegation von Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaftskreisen – eine Informationsreise nach Brüssel. Ziel: Vor Ort soll, sowohl bei schweizerischen als auch europäischen Gesprächspartnerinnen und -partnern, der Stand der bilateralen Beziehungen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der Interessen der Kantone, beurteilt werden. 2019 war ein besonders interessanter Zeitpunkt, da an der Fertigstellung eines institutionellen Abkommens zwischen Bern und Brüssel grössere Zweifel bestanden. Die Freiburger Staatsräte Olivier Curty und Georges Godel sowie der Delegierte für Aussenbeziehungen waren dabei. Sie konnten feststellen, in welchen Punkten Übereinstimmung herrscht, aber auch, dass es zwischen der Schweiz und der EU Verständigungsschwierigkeiten gibt. Die Kantone nutzten die Gelegenheit, um auf ihre Vorbehalte bei drei Dossiers, die Probleme bereiten, hinzuweisen: der Lohnschutz, die staatlichen Beihilfen und die Richtlinie über das Unionsbürgerrecht.



© Geoffrey Fritsch

Delegation der WRK bei der Reise nach Brüssel: in der ersten Reihe die anwesenden kantonalen Minister und die Generalsekretärin der WRK, in den folgenden Reihen die kantonalen Verantwortlichen für Aussenbeziehungen.

Politik zur Unterstützung der Medien

Ob eine Demokratie gut funktioniert, lässt sich auch an der Qualität der Medien, der wesentlichen vierten Gewalt zwischen Behörden und Bevölkerung, messen. Aus diesem Grund gibt die Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Medien und insbesondere die gedruckte Presse sowohl dem Kanton als auch der WRK Anlass zur Beunruhigung.

Nachdem die Westschweizer Kantone 2018 aktiv an der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über elektronische Medien (BGEM) mitgewirkt hatten, haben sie sich weitergehend mit dem Paket der Unterstützungsmassnahmen, das im August vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) lanciert wurde, beschäftigt. Parallel dazu steht die WRK in einem regelmässigen Dialog mit der Direktion der Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG). Im November 2019 haben die lateinischen Kantone schliesslich aktiv an der nationalen Konferenz, die von der ch Stiftung organisiert wurde und die sich mit der Zukunft der Medien, und ganz besonders mit der Frage der direkten/indirekten Hilfen von Seiten der Gemeinwesen, beschäftigte, mitgewirkt.

Gesamtarbeitsverträge

Die Motion Baumann (CVP, UR) weckte die Aufmerksamkeit der Westschweizer Kantone ganz besonders. Mit ihr wird verlangt, dass die erweiterten Gesamtarbeitsverträge dem kantonalen Recht vorgehen, und somit wurde in ihrem Text teilweise die Autonomie und die Souveränität der Kantone in der Sozial- und in der Wirtschaftspolitik in Frage gestellt.

Die Motion hätte in neun Kantonen (darunter Freiburg) die Änderung des Systems der Familienzulagen, aber auch Änderungen bei den Ergänzungsleistungen für Familien im Kanton Waadt, bei den Fonds zugunsten der Berufsbildung und in sechs Kantonen (darunter Freiburg) bei den Tagesfamilien zur Folge haben können.

Da die Mehrheit der betroffenen Kantone aus der Westschweiz kommt, hat sich die WRK stark eingesetzt. Sie wurde von der Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) bei einer Anhörung vor der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats (WAK-S) wirksam unterstützt. Die Motion wurde von diesem Rat in der Wintersession abgelehnt.

Recht der Fachkonferenzen auf Meinungsäusserung

In den Entscheiden vom 29. Oktober 2018 (Geldspielgesetz) und vom 10. Dezember 2018 (Vollgeldinitiative) hat das Bundesgericht die Modalitäten, nach denen die Kantonsregierungen vor einer eidgenössischen Volksabstimmung in die politische Debatte eingreifen dürfen, neu definiert. Nach dieser neuen Rechtsprechung ist es den Fachkonferenzen nicht mehr erlaubt, Abstimmungsempfehlungen abzugeben, denn die Bürgerinnen und Bürger wissen nicht genau, welche Kantone diese Meinungen unterstützen. Deshalb ist es nur den Kantonsregierungen und der KdK erlaubt, vor einer eidgenössischen Volksabstimmung, die sie besonders betrifft, in die Debatte einzugreifen.

Nach dieser Einschränkung des Rechts der Kantone auf Meinungsäusserung hat die KdK ein neues Kommunikationskonzept erstellt, in dem vorgesehen wird, dass die Konferenzen der Direktorinnen und Direktoren über die Plenarversammlungen der KdK Stellung nehmen. Als «Mini-KdK» könnte die WRK sich als Instanz, die regionale Meinungen äussert, positionieren.

BBL (Sprachen im öffentlichen Beschaffungswesen)

Seit 2012 setzt sich die WRK aktiv dafür ein, dass die sprachbedingte Diskriminierung bei den Vergabeverfahren für öffentliche Beschaffungen aufgehoben wird. Von 2012 bis 2014 wurden im Parlament drei Motionen in diesem Sinn eingereicht. Schliesslich wurde entschieden, dass diese Frage im Rahmen der Revision des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen behandelt wird. Der Text, der sich in der Schlussabstimmung während der Sommersession durchgesetzt hat, berücksichtigt die Ersuchen der Motionäre in besonderer Weise. Die Ausschreibungen müssen in mindestens zwei Amtssprachen veröffentlicht werden. Das schliesst aber de facto bei den Ausschreibungsverfahren eine oder zwei Amtssprachen aus.

Transparenz beim Lobbyismus im Bundeshaus

Um die kantonalen Interessen in Bern zu vertreten, haben die meisten Delegierten für Aussenbeziehungen Zutrittskarten für das Bundeshaus. Weil mit der Initiative Berberat (SP, NE) die Modalitäten für die Gewährung dieser Eintrittsermächtigungen geändert werden, berührt sie die Kantone direkt. Die WRK hat

sich deshalb für eine Unterscheidung zwischen Lobbyisten, die private Interessen vertreten, und den Vertreterinnen und Vertretern der Kantone, die ein öffentliches Interesse unterstützen und Teil eines institutionellen Vorgehens sind, ausgesprochen.

Inländervorrang

Der Grundsatz des Inländervorrangs war die Lösung der eidgenössischen Kammern für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative der SVP (Art. 121a BV). Dieser Grundsatz erlegt den Kantonen zusätzliche Lasten auf, weil sie dafür verantwortlich sind, in den vorgesehenen Fällen zu kontrollieren, dass die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihre Stellenangebote wirklich den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren und den Arbeitssuchenden, die dort angemeldet sind, vorbehalten.

Auf Gesuch der Kantone und angesichts des nationalen Interesses dieser Massnahme, hat der Bund geplant, sich finanziell an den Bemühungen für die Umsetzung zu beteiligen. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben aber beschlossen die Hilfe zunächst einmal nur bis 2023 zu gewähren und die Situation dann neu zu beurteilen. Die WRK behält diesen Gegenstand deshalb bis zur künftigen Beurteilung im Auge.

HRS

In der Hauptstadtregion Schweiz (HRS) wird der Kanton Freiburg von Staatsrat Olivier Curty, Volkswirtschaftsdirektor (VWD) und vom Delegierten für Aussenbeziehungen vertreten. Der Vorstand ist im Jahr 2019 dreimal zusammengetreten.

Smart Capital Region

Freiburg wirkt im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Verein HRS in der Steuergruppe Smart Capital Region mit. Diese Gruppe macht sich die starke Konzentration von Infrastrukturunternehmen in der Region zunutze, um sie mit der öffentlichen Hand, den Städten und den Kantonen in Verbindung zu bringen. Ziel: innovative Projekte zu entwickeln. Die Realisierung einer «Smart Region», einer intelligenten Region, muss der Bevölkerung dienen und ihr dank der intelligenten Vernetzung der Infrastrukturen (Verkehr, Energie, Kommunikation) eine höhere Lebensqualität bieten.

Mit dem Einbezug sowohl der Partner aus der Wirtschaft als auch der öffentlichen Hand konnten bereits zwei Projekte geschaffen werden: die «Plusenergiequartiere und -standorte» für die autonome Produktion erneuerbarer Energie und die «Mobilitätshubs», die intelligente Mobilität und örtliche städtische Entwicklung verbinden. Ein drittes Projekt, «BOLD Ideas», entstand 2019 auf Anstoss von Prof. Edy Portmann von der Universität Freiburg. Dieses Projekt soll ein Ideenlabor sein, mit dem neue Ansätze, z. B. neue Modelle zur Finanzierung der energetischen Gebäudesanierung, entwickelt werden.

Verfolgung der Zentralisierung der SRG

Während des Jahres 2019 hat die Hauptstadtregion Schweiz – zusammen mit dem Kanton und der Stadt Bern – energisch gegen die Verlegung der Regionalredaktion der SRG von Bern nach Zürich mobil gemacht.

Über die Verluste von Arbeitsplätzen hinaus sah die HRS in diesem Vorgehen eine bedauerliche Zentralisierung der Informationsverarbeitung in Zürich und eine Verarmung bei der Diversität in der Behandlung der regionalen Informationen. Im Parlament wurden mehrere Vorstösse eingereicht, die allerdings nicht den erwarteten Erfolg brachten.

Film Office

Kann die Hauptstadtregion Schweiz ein bedeutender Akteur im Filmschaffen werden? Um auf diese Frage zu antworten, wird derzeit ein Projekt Film Office beurteilt. Dessen Rolle würde darin bestehen, alle Kompetenzen der Region auf der Ebene der Filmberufe zu konzentrieren, um Filmproduktionen anzuziehen und sie zu ermuntern, in unseren Städten und Kantonen zu drehen. Im Ausland existieren bereits mehrere Erfolgsmodelle. Die HRS scheint gute Karten zu haben, da sie dank Festivals wie dem (Internationales Filmfestival Freiburg) FIFF, dem Neuenburg International Fantastic Film Festival (NIFF) und den Solothurner Filmtagen schon sehr gut im Filmsektor positioniert ist.

Zweisprachigkeit

Die Verteidigung und die Entwicklung der Zweisprachigkeit ist einer der grössten Trümpfe der Hauptstadtregion Schweiz (HSR). 2019 hat die HSR wie in den vorhergehenden Jahren ihre Anstrengungen fortgesetzt, um sie zu stärken. Dank der sehr guten Zusammenarbeit mit dem Forum für die

Zweisprachigkeit Biel konnten verschiedene Tätigkeiten durchgeführt werden, insbesondere die Organisation von Tandems zwischen den verschiedenen Kantonsverwaltungen. Die Förderung von Sprachaustauschen für Lernende ging wie die Immersions- und Sensibilisierungstätigkeiten, die sich sowohl an Französisch- als auch an Deutschsprachige richten, weiter.

Cluster Food & Nutrition

Als Freiburger Trumpf bei der HRS wirkt der Verein «Cluster Food & Nutrition» als Plattform zur Vernetzung und zur Förderung im Lebensmittelbereich auf regionaler und nationaler Ebene. Unter den Projekten des Clusters kann man beispielsweise das Projekt Innoserre, das von der Neuen Regionalpolitik (NRP) unterstützt wird, erwähnen; mit ihm wird das Ziel verfolgt, die Optimierung und die Innovation für Kulturen im Gewächshaus und geschützten Anbau (mit Ausnahme der Kulturen in Gewächshäusern, die mit fossiler Energie beheizt werden) zu fördern. Die ersten Ergebnisse wurden im November 2019 vorgestellt.

Forum 2019

Das Forum ist das Grossereignis der HRS und dient als Diskussionsplattform zu einem aktuellen Thema. Dieses muss einen Bezug zu den Herausforderungen, denen die Akteurinnen und Akteure der HRS zu begegnen versuchen, haben. Das Forum ermöglicht auch, einen Ort der HRS unter dem Gesichtspunkt der Projekte, die dort entwickelt werden, bekannt zu machen, aber auch die HRS den Akteurinnen und Akteuren der Wirtschaft, der örtlichen Politik und der Zivilgesellschaft näher zu bringen.

Das Forum 2019 fand in Visp (VS) statt und war dem Thema «neue Arbeits- und Lebensformen rund um einen Top-Entwicklungsstandort», d. h. dem Projekt Ibex und dem Technologiepark, die beide von der LONZA entwickelt werden, gewidmet.

CLDF

Da Staatsrat Georges Godel, Finanzdirektor (FIND), Präsident der CLDF ist, führt der Sektor Aussenbeziehungen das Sekretariat der Konferenz. 2019 traten die Westschweizer Finanzminister viermal zusammen und verfolgten insbesondere folgende Dossiers:

Unternehmensbesteuerung (OECD)

Um die Steuerplanung der internationalen Unternehmen zu bekämpfen und das Steuersystem an die digitalisierten Geschäftsmodelle anzupassen hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine bedeutende Unternehmenssteuerreform in Angriff genommen. Die Grundidee des Projekts besteht darin, eine Steuererhebung am Ort, wohin die Güter exportiert und wo sie verkauft werden, und nicht nur im Land der physischen Präsenz, sicherzustellen. Eine Vorschrift zur Mindestbesteuerung wird ebenfalls vorbereitet.

Dieses Dossier wird von den Finanzdirektoren der Kantone genau verfolgt, denn eine solche Reform würde für ein kleines Land wie die Schweiz zu enormen Steuerausfällen führen. Laut Bundesrat Ueli Maurer könnte der Ausfall für den Bund 5 Milliarden Franken ausmachen. Die Kantone und die Gemeinden müssten sich ebenfalls auf substantielle Verluste gefasst machen. Angesichts der grossen Herausforderungen, die dieses Dossier mit sich bringt, wurde eine Arbeitsgruppe Bund-Kantone geschaffen, um den Fortschritt der Arbeiten der OECD so genau wie möglich zu verfolgen.



© Barrigüe, Eidgenössische Steuerverwaltung, *Das Schweizer Steuersystem*

Besteuerung von Ehepaaren

Am 10. April 2019 annullierte das Bundesgericht (BG) die Volksabstimmung vom 28. Februar 2016, die mit der Ablehnung der Initiative der CVP «Für Ehe und Familie» ausging. Der Text wurde von der Mehrheit der Kantone angenommen, aber von 50,8 % der Stimmenden abgelehnt. Das BG stützte seinen Entscheid auf die falschen Schätzungen des Bundesrats zur Zahl der betroffenen Personen. Die Zahlen sind so weit von der Wirklichkeit entfernt,

dass sie während der Kampagne die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, sich eine Meinung zu bilden, beeinträchtigt haben.

Der Bundesrat war entschieden, das Problem der Heiratsstrafe zu regeln und schlug dann eine Lösung vor, die sich auf die Ausführung von zwei Berechnungen kantonaler Veranlagungsbehörden stützte: eine erste gemäss den Regeln der gemeinsamen Veranlagung, eine zweite, die sich auf die Individualbesteuerung der Eheleute stützte. Der geringere Betrag wäre dann berücksichtigt worden. Das Parlament war dagegen, namentlich wegen der äusserst hohen Kosten. Es beschloss, den Entwurf an den Bundesrat zurückzuweisen und ihn aufzufordern, andere Modelle, in erster Linie die Individualbesteuerung zu prüfen.

Die Kantone als Direktbetroffene haben ebenfalls ihrer riesigen Skepsis Ausdruck verliehen. Ende 2019 schrieb die CLDF dem Bundesrat, um ihn auf die beträchtliche Mehrarbeit, welche die verschiedenen Anträge, einschliesslich der Individualbesteuerung, bei den Kantonen zur Folge hätten, aufmerksam zu machen; für die lateinischen Kantone wäre es interessanter, eine Lösung, die sich auf ein Splitting-Modell stützt, genauer zu prüfen.

Besteuerung der Grenzgänger

Nach bedeutenden Rückständen bei der Bezahlung der Grenzgängerabgabe, die von Frankreich seit 1983 als Ausgleich an die Grenzkantone überwiesen wird, hat sich die CLDF mit dem Dossier befasst und ein Schreiben an Bundesrat Ueli Maurer gerichtet. Die Absicht bestand nicht darin, dieses System des Ausgleichs in Frage zu stellen, aber Frankreich zu drängen, endlich die Erwartungen der Grenzgemeinden, die vor schweren Liquiditätsmängeln standen, zu erfüllen. 2019 wurde die Frage umso dringlicher, als der politische Druck in den am meisten betroffenen Kantonen, wie Jura, Neuenburg und Waadt, zunahm.

Im Rahmen einer Versammlung von Spezialistinnen und Spezialisten des Bundes und der Kantone im Juni 2019 in Paris gab Frankreich seinen Wunsch nach einem Übergang zu einem System des automatischen Informationsaustauschs bekannt, um das bedeutende Auseinanderklaffen der Beträge, die von den Grenzgängerinnen und Grenzgängern deklariert werden, und den Bruttolöhnen, die von der Schweiz mitgeteilt werden, zu lösen. Die Frage nach einer

Erhöhung des Satzes der Abgabe ist künftig aktuell; das wurde in Parlamenten der Kantone Neuenburg und Jura verlangt, und die CLDF verfolgt die Sache genau.

Eigenmietwert

Die Steuer auf dem Eigenmietwert besteht darin, den theoretischen Gewinn, den der Eigentümer erzielt, weil er seine eigene Liegenschaft bewohnt, zu besteuern. Diese Steuer wird mit einer Motion der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats (WAK-S) bekämpft. In diesem Entwurf werden der Eigenmietwert und der Abzug der Gewinnungskosten für die von den Eigentümern selber bewohnten Wohnungen auf Bundes- und Kantonsebene abgeschafft; sie gelten jedoch weiterhin für Zweitwohnungen zum persönlichen Gebrauch. Die Abzüge für Investitionen in die Renovation und für energetische Sanierungen werden ebenfalls abgeschafft. Die Kantone können sie aber beibehalten. Das Ziel besteht namentlich darin, die Verschuldung der Privathaushalte zu vermindern.

Die Kantone – darunter auch Freiburg – lehnen den Entwurf der WAK-S ab. Er wird als wenig ausgewogen zwischen Eigentümern in verschiedenen wirtschaftlichen Situationen und zwischen Eigentümern und Mietern betrachtet. Ausserdem wären die mit dem Entwurf verbundenen Steuerausfälle hoch, und die Abschaffung der Abzüge für Renovationen hätte negative Auswirkungen sowohl für die Wirtschaft als auch für den ökologischen Wandel bei den Gebäuden. Der Entwurf wurde in der Vernehmlassung sehr schlecht aufgenommen, wird aber von der WAK-S trotzdem aufrechterhalten; sie sucht aber nach Lösungen, damit sie eine Version unterbreiten kann, die im Parlament eine Mehrheit findet.

STAF

Die Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) hat sich schnell als eines der wichtigsten Dossiers der vorhergehenden Legislaturperiode aufgedrängt. Das Bestreben: die Unternehmensbesteuerung zu reformieren, damit die Schweiz die internationalen Anforderungen einhält, und gleichzeitig einen ersten Grundstein bei der AHV-Reform zu legen. Diese soziale Kompensation konkretisiert sich materiell in einer Zusatzfinanzierung in der Höhe von 2 Milliarden Franken pro Jahr, damit die systematische Verschuldung der Versicherung begrenzt werden

kann. Auf steuerlicher Ebene musste das Gleichgewicht zwischen einer höheren Besteuerung der ausländischen Firmen und der Aufrechterhaltung der steuerlichen Attraktivität des Landes gefunden werden. Herausforderung: Es geht um nicht weniger als 5,7 Milliarden Franken an Gewinnsteuern und rund 150 000 Arbeitsplätze. Um die Bevölkerung von der Richtigkeit dieser Reform zu überzeugen und einen neuen Misserfolg an den Urnen zu vermeiden,

beauftragte die CLDF ihre Mitglieder damit, eine Medienkonferenz in einem Unternehmen ihres Kantons zu organisieren. Die Freiburger Aussenbeziehungen koordinierten diese Kampagne, und die Berichterstattung in den Medien über sie entsprach voll und ganz den Erwartungen. Am 19. Mai 2019 wurde die Reform von den Schweizer Stimmberechtigten hoch angenommen; am 30. Juni 2019 wurde der Entwurf zur Umsetzung im Kanton angenommen.

Bilaterale Arbeitstreffen

Der Freiburger Staatsrat unterhält regelmässige Kontakte mit seinen Kolleginnen und Kollegen aus den übrigen Kantonen, ganz besonders mit den Westschweizer Kantonen. Im Jahr 2019 fanden drei bilaterale Regierungstreffen statt: im Juni mit dem Kanton Jura in Delsberg, im August mit dem Kanton Wallis in Bulle und im November mit dem Kanton Neuenburg in Freiburg. U. a. wurden folgende Themen behandelt: die Aussichten für die Zusammenarbeit bei der Entwicklung des E-Government, die Betreuung des Autismus, die UNO-Konvention über Menschen mit Behinderung, die Ausführung des revidierten Geldspielgesetzes, die Politik zur Unterstützung der Seilbahnen, die Zukunft der Fischzuchtanstalt Estavayer-le-Lac, die Kormorane und die Bevölkerungsbewegungen über die Kantonsgrenzen. Die Regierungen konnten ihre Erfahrungen teilen sowie sich gegenseitig ihre Standpunkte zu den Themenbereichen erläutern und in einigen Schlüsseldossiers Strategien entwickeln, um ihre Kräfte zu bündeln.



Treffen mit dem Kanton Jura (18-19.06.2019)



Treffen mit dem Kanton Neuenburg (12.11.2019)



Treffen mit dem Kanton Wallis (27-28.06.2019)

4 Freiburg auf der internationalen Bühne



Die Botschafter Russlands (Foto links) und Schwedens (Foto rechts) wurden in den Räumen der Staatskanzlei offiziell vom Präsident des Staatsrats, Jean-Pierre Siggen, empfangen.

Grand-est

Das Jahr 2019 gab Anlass zu intensiveren Kontakten mit den Vertreterinnen und Vertretern der Region Grand-est, dank denen das Verfahren zur Erneuerung der Zusammenarbeitsvereinbarung, die seit 2008 gilt, in die Wege geleitet werden sollte. Der Sektor Aussenbeziehungen hat verschiedene Akteure (Wirtschaftsförderung, Amt für Kultur, Innosquare, Cluster Food & Nutrition, plastic cluster, ROSAS) vereint, um die Schlüsselthemen, auf denen die künftige Beziehung beruhen soll, zu bestimmen.

Auf wirtschaftlicher Ebene besteht die Absicht darin, den Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf die Innovation oder genauer auf Fragen der nachhaltigen Entwicklung, der Kreislaufwirtschaft, der Lebensmittel und des Wohnens der Zukunft (smart living) zu legen. Das Ziel besteht darin, den Technologieaustausch und das Teilen von Kompetenzen im Dienst der Unternehmen zu fördern. Auf kultureller Ebene besteht die Absicht, die Partnerschaft über die Fortsetzung des üblichen Austauschs (Truppen, Orchester, Künstler) hinaus auf zeitgenössische Musik, die Förderung des Kulturerbes und die Zweisprachigkeit zu konzentrieren.

Im Sommer 2019 begab sich der Sektor Aussenbeziehungen nach Strassburg, um seine Vision, die von der Region Grand-Est geteilt wird, vorzustellen. Derzeit laufen Kontakte, um die Akteurinnen und Akteure zu einer Vorbereitungssitzung zu versammeln, so dass die

Unterzeichnung einer neuen Vereinbarung vorweggenommen werden kann. Es ist geplant, sie anlässlich einer offiziellen Zeremonie bei unseren französischen Partnern zu unterzeichnen; die breite administrative Neuorganisation in Frankreich nach der Zusammenlegung der Regionen 2018-2019 trägt aber nicht gerade dazu bei, das erfolgreiche Ende des Verfahrens zu beschleunigen.

VRE

Der ständige Rückgang der Freiburger Lernenden, die daran interessiert waren, am Austauschprogramm Eurodyssée der Versammlung der Regionen Europas (VRE) teilzunehmen, hat die Volkswirtschaftsdirektion im Herbst 2019 dazu bewogen, die Zusammenarbeit einzustellen. Gleichzeitig wurde mit Staatsrat Maurice Ropraz, Sicherheits- und Justizdirektor, der Freiburg im Büro der VRE vertritt, beschlossen, über neue Wege der Zusammenarbeit nachzudenken. Nach den Schritten, die der Delegierte für Aussenbeziehungen eingeleitet hat, ist der Kanton nun bei der «Task Force» nachhaltige Entwicklung der VRE aktiv; er wird dabei von Staatsrat Jean-François Steiert, Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektor, und der Delegierten für nachhaltige Entwicklung, Marie-Amélie Dupraz-Ardiot, vertreten. Mit dieser Initiative soll der Kanton seine Erfahrung und seine Anstrengungen auf diesem Gebiet, das auf internationaler Ebene vordringlich ist, teilen können.

Europäische Integration

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. Das Jahr 2019 war von den intensiven Diskussionen rund um das institutionelle Rahmenabkommen, das zwischen Bern und Brüssel ausgehandelt wurde, gekennzeichnet. Die Vernehmlassung bei den Kantonen hat die fast einstimmige Absicht – auch die von Freiburg – gezeigt, auf dem bilateralen Weg weiterzugehen. Das Abkommen, das vom Bundesrat ausgehandelt wurde, gab aber zu einigen grösseren Beunruhigungen Anlass. Sie betreffen die Frage der Behandlung der staatlichen Beihilfen, den Lohnschutz im Rahmen der Personenfreizügigkeit und die Unionsbürgerrichtlinie, in der namentlich der Zugang zu den Sozialleistungen geregelt wird. Aufgrund dieser Sorgen hat der Bundesrat im Juni 2019 der Kommission seine Absicht bekanntgegeben, das Abkommen teilweise neu zu verhandeln, und so das Unverständnis von Brüssel und die Nichtanerkennung der Gleichwertigkeit der Schweizer Börse hervorgerufen. Das Dossier befindet sich seither in einer «Stand-by»-Phase; Es wird vom Bundesrat nach der Abstimmung vom Mai 2020 wieder aufgenommen. Die Schweizerinnen und Schweizer müssen dann über eine Initiative der SVP, mit der das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU in Frage gestellt wird, entscheiden.

2019 wurde ein weiteres Dossier der Europapolitik behandelt: die Nachführung des Abkommens von Schengen, dessen Waffenrichtlinie von der Bevölkerung hoch angenommen wurde. Der Sektor Aussenbeziehungen verfolgte diese beiden Aktualitäten für den Staatsrat sehr eng, lieferte mehrere Beiträge und nahm am Austausch zwischen den Europadelegierten der Kantone, dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und der KdK teil.

Empfang von Botschaftern

2019 traf der Staatsrat die Botschafter von Russland und von Schweden in der Schweiz. Der Sektor Aussenbeziehungen bereitete die Dokumentation über die Verbindungen zwischen diesen beiden Ländern und dem Kanton Freiburg vor.

Russland

Sergueï Garmonin, Botschafter der Russischen Föderation in der Schweiz, wurde vom Staatsrat im März 2019 empfangen. An diesem Treffen konnten die guten Beziehungen zwischen dem Kanton Freiburg und diesem Land, insbesondere der Region Moskau gepflegt werden. Ein Projekt eines Memorandums zur Zusammenarbeit wurde 2017 angeschnitten; sein Ziel bestand darin, die bilateralen Kontakte auszubauen und eine Zusammenarbeit bei Themen wie der Lebensmittelindustrie und der Raumplanung zu entwickeln.

Schweden

Der Staatsrat traf Magnus Hartog-Holm, Botschafter des Königreichs Schweden in der Schweiz. Der Kanton Freiburg unterhält, insbesondere über seine Universität, ausgezeichnete Kontakte mit diesem Land. Die universitäre Zusammenarbeit wird von den Freiburger Studierenden, die gern von der Möglichkeit profitieren, ein Semester an einer schwedischen Universität zu studieren, sehr geschätzt. Ein ganz anderes Gebiet ist die Leidenschaft für das Eishockey, die Freiburg mit diesem Land teilt. So hat Fribourg Gottéron mehrere schwedische Spieler unter Vertrag, während einige Freiburger Talente für schwedische Klubs spielen.

Meet the ambassadors EDA

Im Rahmen dieser Public-Relations-Operation, die vom EDA organisiert wurde, verbrachten Diplomattinnen und Diplomaten aus dem Kanton Freiburg einen Tag in der Kantonshauptstadt, um sich mit der Bevölkerung zu den konkreten Beiträgen der Aussenpolitik für die Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger auszutauschen. Die Delegation des EDA traf in Anwesenheit von Bundesrat Ignazio Cassis Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler des Kollegiums St. Michael und begab sich zusammen mit mehreren Mitgliedern des Staatsrats zu einem Essen. Sie diskutierten über die Aussenpolitik der Schweiz und über die Synergien zwischen Politik, Wirtschaft und Diplomatie. Am Abend besuchten über 150 Vertreterinnen und Vertreter der Freiburger Wirtschaft einen Vortrag in der BlueFactory, der in Zusammenarbeit mit dem Sektor Aussenbeziehungen und der Wirtschaftsförderung organisiert worden war.

5 Direktionen: Interkantonale Zusammenarbeit



© Jessica Genoud

Der Staatsrat in corpore auf dem offiziellen Foto des Jahres 2019, in dem Jean-Pierre Siggen Präsident war.

EKSD

Interkantonale Zusammenarbeit

Die EKSD nimmt an den interkantonalen Konferenzen in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport teil. Kooperationsbereiche, die nur eine Unterrichtsstufe oder ein Amt betreffen (insbesondere interkantonale Universitätsvereinbarung, Schweizerische Hochschulkonferenz, Universitätskonferenz der Westschweiz CUSO), werden im Tätigkeitsbericht 2019 der EKSD in den Abschnitten der betreffenden Ämter behandelt. Ausführlicher erläutert werden die drei nachfolgenden Konferenzen, da diese eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit betreffen.

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Im Jahr 2019 führte die EDK drei ordentlichen Plenarversammlungen durch. Ihr Tätigkeitsbericht kann auf dem Internetportal der Konferenz unter folgender Adresse eingesehen werden: www.edk.ch

Jean-Pierre Siggen, Staatsrat, Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD), ist Mitglied der Plenarversammlung und sitzt seit dem 1. Januar 2016 auch im Vorstand der EDK. Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers des Direktors der EKSD für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Vizepräsident der Konferenz der Departementssekretäre und präsidiert die Kommission der Departementssekretäre. Er vertritt zusammen mit seinem St. Galler Kollegen die Kantone im «Koordinationsausschuss Digitalisierung in der Bildung».

Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)

Im Berichtsjahr tagte die CIIP viermal. Ihr Tätigkeitsbericht kann auf dem Internetportal der Konferenz unter folgender Adresse eingesehen werden: www.ciip.ch

Jean-Pierre Siggen, Staatsrat, Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD), ist Mitglied der Plenarversammlung der CIIP, amtiert seit 2018 als deren Vizepräsident und wird ab 1. Januar 2020 die Präsidentschaft übernehmen. Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers des Direktors der EKSD für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Konferenz der Generalsekretäre und präsidiert zudem die Verwaltungskommission der CIIP.

Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) und Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK)

Im Laufe des Jahres 2011 delegierte die NW EDK, ebenso wie die übrigen deutschsprachigen Regionalkonferenzen der EDK, einen grossen Teil ihrer Aufgaben an die neue D-EDK, insbesondere die Arbeiten in Zusammenhang mit der Vereinheitlichung der Lehrpläne, der Koordination der Lehrmittel und der Entwicklung von Vergleichsprüfungen und Beurteilungsinstrumenten. Mit der Verabschiedung des Lehrplans 21 im Jahr 2014 und der anschliessenden Koordination der Umsetzungsmassnahmen hat die D-EDK ihren Auftrag erfüllt und wurde am 31. Dezember aufgelöst.

Die NW EDK befasste sich 2019 mit regionalspezifischen Themen, insbesondere mit dem Regionalen Schulabkommen (RSA).

Jean-Pierre Siggen, Staatsrat, Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD), ist Mitglied der Plenarversammlung der NW EDK. Der Vorsteher des Amtes für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA) hat Einsitz in der Sekretärenkommission der NW EDK.

Schüleraustausch

Die zuständige Person für die Koordination der Schüleraustausche hat sich an den von Schul- und Berufsberatungsdiensten organisierten Anlässen im Kanton Freiburg und in der Schweiz beteiligt, um Werbung und Informationen über die verschiedenen Austauschprogramme zu vermitteln. Die Schweizer Agentur für Austausch und Mobilität Movetia (www.movetia.ch) ist für zwei Förderprogramme zuständig: Austauschangebote für Klassen von der Primarschule bis zur Sekundarstufe 2 sowie Ferien-Austausche für Jugendliche im Alter von 11 bis 18 Jahren. Zudem betreibt Movetia die Plattform match&move, die als Vermittlungsstelle zwischen den verschiedenen Austauschpartnern fungiert.

12. partnersprachliches Schuljahr (ZPS)

Im Schuljahr 2018/19 wurden 175 Schülerinnen und Schüler für das 12. partnersprachige Schuljahr vermittelt (in der Schweiz). Rund 20 Schülerinnen und Schüler haben dieses Angebot im Laufe des Jahres abgebrochen. Das Verhältnis von Deutschsprachigen (42) und Französischsprachigen (133) ist stabil geblieben. Dieses Programm wird in drei Varianten angeboten. 74 Schülerinnen und Schüler wählten die Variante 1 (tägliche Heimkehr), wohingegen 18 sich für die Variante 2 (gegenseitiger Austausch) entschieden und 83 Schülerinnen und Schüler in einer Gastfamilie unterkamen (Variante 3). Der Mangel an Gastfamilien für die Schülerinnen und Schüler stellt weiterhin ein Problem dar.

	Schülerzahl - 2018/19	Schülerzahl - 2019/20
FRF -> Tessin	0	
FRD -> Tessin	0	
FRF -> Deutschschweiz	75	92
FRF -> FRD	52	49
FRD -> FRF	18	20
Romandie > DCH	6	5
DCH -> Romandie	24	25
Mädchen insgesamt	109	121
Knaben insgesamt	66	70
Total	175	191

Französischsprachiger Kantonsteil = FRF,

Deutschschweiz = DCH

Schüler- und Klassenaustausche (SAKA)

Im Schuljahr 2018/19 haben sich 168 französischsprachige und 98 deutschsprachige Freiburger Klassen der 10H auf der kantonalen Plattform für Klassenpartnerschaften angemeldet. 83 Klassen aus anderen Kantonen nutzen diese Internetplattform ebenfalls. Insgesamt kamen 103 Klassenpartnerschaften zustande, was bedeutet, dass 206 Klassen eine Partnerklasse gefunden haben.

Die Koordinationsstelle erfasste im Schuljahr 2018/19 für den Kanton Freiburg gesamthaft 6941 gemeldete Austausche von Klassen, Schülerinnen und Schülern, alle Schulstufen und Austauschformen zusammengefasst. Dabei ist zu beachten, dass viele Klassenaustausche nicht über die Koordinationsstelle laufen, da es sich um virtuelle Aktivitäten handelt (ohne Treffen).

Für den Kanton Freiburg:

Schülerzahl 2018/19	Französischsprachiger Kantonsteil	FRD
Kindergarten (0 classes & 0 Klassen)	0	0
Primarstufe (5 classes & 5 Klassen)	177	90
Sekundarstufe 1 (14 classes & 4 Klassen)	172	33
Sekundarstufe 1 (10H) (128 Klassen)	3864	2254
Sekundarstufe 2 (5 classes & 4 Klassen)	155	0
Einseitiger Empfang auswärtiger Klassen (nicht aus FR) (EKA) (5 Klassen – 0 Klassen)	0	0
Einzel-Sprachaustausch S2 (ESA)	28	0
12. partnersprachliches Schuljahr (ZPS)	141	20
12. partnersprachliches Schuljahr im anspruchsvolleren Typ (FR-ZPS)	0	0
Ferien-Einzel-Austausch (FEA-EIV-SIV)	5	2
Total 2018/19	4542	2399

*Französischsprachiger Kantonsteil = FRF,
Deutschfreiburg = FRD*

Ferien-Einzel-Austausch (FEA-EIV-SIV)

Dieses Programm wird nun vollumfänglich von Movetia verwaltet. Die Anmeldungen erfolgen über die Plattform www.matchnmove.ch. Es handelt sich um einen ein- oder zweiwöchigen Austausch. Die Jugendlichen verbringen die Zeit gemeinsam nacheinander in beiden Familien.

194 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden für einen Austausch während der Ferien im Schuljahr 2018/19 ausgewählt.

Für den Kanton Freiburg:

Vermittelte	Schülerzahl 2018/19
Schweiz (26 Kantone)	194
FRF -> Tessin	0
FRF -> Deutschschweiz	5
FRD -> Romandie	2
Total Kanton FR	7

*Französischsprachiger Kantonsteil = FRF,
Deutschfreiburg = FRD*

Movetia

Die kantonalen Austauschverantwortlichen (KAV) standen erneut in engem Kontakt mit Movetia, insbesondere zur Verteilung von Dokumentationsmaterialien über Sprachausausche und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene. Die Schweiz hat im Rahmen des EU-Bildungsprogramms Erasmus+ den Status eines Partnerlandes. Die schweizerischen Bildungsinstitutionen können sich daher weiterhin an Kooperations- und Mobilitätsaktivitäten mit den Mitgliedsländern dieses Programms beteiligen.

Hauptstadtregion Schweiz (HSR-CH)

Die in den vergangenen Jahren erfolgten Klassenaustausche «Sprachbad – Immersion» in der Hauptstadtregion Schweiz werden weitergeführt. Die logistische Unterstützung übernimmt weiterhin das Forum der Zweisprachigkeit in Biel, die Finanzierung erfolgt durch den Kanton und durch Movetia. Mit dem Projekt ergänzt und stärkt die Hauptstadtregion Schweiz Aktivitäten, die bereits auf kantonaler oder kommunaler Ebene stattfinden und fördert gezielt den gemeinde- und kantonsübergreifenden Austausch unter den Kantonen Bern, Wallis, Freiburg, Solothurn und Neuenburg.

Interkantonales Gymnasium der Region Broye (GYB)

Die Schule in Kürze

Die Besonderheit des GYB besteht darin, dass es sowohl Schülerinnen und Schüler aus der Freiburger wie auch aus der Waadtländer Broye aufnimmt.

Bildungsgänge:	gymnasiale Maturität, Vollzeit-Handelsschule mit Berufsmaturität Ausrichtung Wirtschaft und Dienstleistungen (Modell 3+1), Fachmittelschule, Fachmaturität (Bereiche Gesundheit, Soziales und Pädagogik).
Schülerbestand:	insgesamt 1218 (davon 6 Austauschschülerinnen und -schüler)
Lehrpersonen:	114 Lehrpersonen (92,2 Vollpensen)
Direktor:	Thierry Maire
Adresse:	Rue du Gymnase 1, Payerne

Schülerinnen und Schüler

Schülerzahlen

	2018/19		2019/20		Klassen	
	FR	VD	FR	VD	2018 /19	2019 /20
Gymnasium	380	306	384	297	30	31
Fachmittelschule, Gesundheit und Soziales	196	217	199	159	19	18
Berufsmaturität, Ausrichtung Wirtschaft + Dienstleistungen	7	18	39 *	84	1	1
Fachmaturität	28	45	36	20	3	3
Total	611	586	658	560	53	53

* Die Handelsmittelschule und die Fachmittelschule sind nun vollständig getrennt. Die Unterschiede zwischen den beiden Schuljahren sind hauptsächlich technischer Natur.

6 Schülerinnen und Schüler aus einem deutschsprachigen Kanton erscheinen nicht in der Statistik, da es sich um Austauschschülerinnen und -schüler handelt.

Der Anteil der Schülerinnen beträgt 64 %.

Ausbildungsabschlüsse

- > Gymnasiale Maturität: 155 von 163 Kandidatinnen und Kandidaten haben bestanden. Es wurden 29 Maturitätsausweise mit dem Vermerk zweisprachig ausgestellt, davon 4 «zweisprachig plus»;
- > Fachmittelschulabschluss: 82 von 98 Kandidatinnen und Kandidaten haben ihren Ausweis erhalten. Es wurden 9 zweisprachige Fachmittelschulabschlüsse ausgestellt.
- > Berufsmaturität (Ausrichtung Wirtschaft und Dienstleistungen): 22 von 23 Kandidatinnen und Kandidaten haben bestanden.
- > Fachmaturität: 59 von 61 Kandidatinnen und Kandidaten haben bestanden.

Allgemeiner Schulbetrieb

Interkantonale Organe

Der Aufsichtsrat des GYB ist für die Oberaufsicht der Schule und einen guten Schulbetrieb verantwortlich. Im Jahr 2019 hatte die zuständige Staatsrätin für das *Département de la formation, de la jeunesse et de la culture* des Kantons Waadt das Präsidium inne.

Die interparlamentarische Aufsichtskommission besteht aus 7 Waadtländer und 7 Freiburger Grossratsmitgliedern. Im Jahr 2019 hatte eine Waadtländer Grossrätin den Vorsitz.

Die beratende Kommission setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Behörden, der Schülerinnen und Schülern und ihrer Eltern sowie der Lehrpersonen.

Gebäudeerweiterungen

Im Jahr 2019 wurde das Projekt zu den Gebäudeerweiterungen des GYB mit dem von den Grossen Räten der Kantone Waadt und Freiburg gewährten Kredit abgeschlossen. Das Projekt wurde am 22. Mai von beiden Kantonen offiziell vorgestellt. Die Baubewilligung wurde im Sommer beantragt und die Arbeiten konnten wie geplant im November beginnen. Die Erweiterungen können voraussichtlich auf Schuljahresbeginn 2021 in Betrieb genommen werden.

Lehrpersonen

Die Zahl der angestellten Lehrpersonen blieb zu Beginn des Schuljahres im Vergleich zur Situation im Vorjahr stabil.

Tätigkeit und besondere Ereignisse

Die kulturellen Anlässe und Ereignisse des Schuljahres werden auf der Website des GYB (www.gyb.ch) präsentiert.

Nachwuchsförderung

Die Förderung junger Freiburger Sporttalente erfolgt in Form von Beratung, Stundenplan-Anpassungen, finanzieller Unterstützung (LoRo-Sport und/oder kantonaler Sportfonds), Koordination mit den Schulbehörden und Sportverbänden sowie über die Weiterentwicklung des SKA-Förderprogramms.

Dank der tatkräftigen und professionellen Unterstützung der Sportverbände konnten die bereits bestehenden Projekte mit neuen ergänzt werden. 2019 haben dank der immer gezielteren Massnahmen rund 402 (377) junge Sporttalente oder talentierte Kunstschafter von Stundenplan-Anpassungen profitiert, damit sie ihre sportliche oder künstlerische Laufbahn mit der schulischen Ausbildung vereinbaren können.

SJD

Interkantonale Zusammenarbeit

Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Die Konferenz tagte 2019 zweimal. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

- > Cyber-Kriminalität und Cyber-Risiken;
- > Harmonisierung der Polizeiinformatik (HPI) und Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz (HIS);
- > Vereinbarung Polizeitechnik und informatik;
- > Aufsicht über die kantonalen Nachrichtendienste;
- > Revision der Strafprozessordnung.

Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF)

Maurice Ropraz, Staatsrat, Sicherheits- und Justizdirektion (SJD) wurde 2019 in den Vorstand der Konferenz gewählt. Die Konferenz tagte im Berichtsjahr einmal. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

- > Aktuelle geopolitische Herausforderungen;
- > Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz;
- > Zivilschutz: Bestandssituation und Herausforderungen;

- > Planung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz;
- > Strategie für Schutzbauten;
- > Organisation der Schadenregulierung bei Erdbeben.

Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJP)

Die Konferenz tagte 2019 zweimal. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

- > Sicherheitskosten bei Sportveranstaltungen;
- > Konkordat über die Sicherheitsunternehmen;
- > Polizeiausbildung;
- > Strafvollzug an Minderjährigen;
- > Strafvollzug an Erwachsenen;
- > Elektronische Überwachung;
- > Revision der Rechtslehre über den Ordnungsdienst.

ILFD

Interkantonale Zusammenarbeit

Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)

Diese Konferenz hat 2019 dreimal getagt. Die LDK hat sich mit der eigenen Zukunft befasst. Ab 2020 soll sich die bisher im Nebenamt vom Amt für Landwirtschaft des Kantons Zug geführte Geschäftsstelle als eigenständige Geschäftsstelle im Haus der Kantone in Bern etablieren.

Politische Schwerpunktthemen waren die Agrarpolitik 22+, die eidgenössischen Trinkwasserinitiativen und die geplanten Freihandelsabkommen mit Auswirkungen auf die Landwirtschaft.

Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL)

Die Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL) hat 2019 zweimal getagt. Die wichtigsten behandelten Geschäfte waren ein Positionspapier «Wald und Klimawandel», die Wald- und Holzforschungs-Förderung und die Revision des Eidg. Jagdgesetzes.

VWD

Interkantonale Zusammenarbeit

Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)

Im Jahr 2019 trafen sich die VDK zu einer Plenarsitzung, der Vorstand zu drei Sitzungen und die Arbeitsgruppe zu zwei Sitzungen.

Diese Instanzen behandelten insbesondere:

- > die Umsetzung der neuen Postverordnung;
- > die Umsetzung der Stellenmeldepflicht (Art. 121a BV);
- > die Konzernverantwortungsinitiative;
- > die Medienpolitik und -förderung nach «No Billag» und die Vernehmlassung zum Mediengesetz.

Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)

Die VDK-Westschweiz traf sich 2019 zu einer Plenarsitzung und der Vorstand zu zwei Sitzungen.

Die beiden Instanzen behandelten insbesondere:

- > den Kauf neuer Kampfflugzeuge und die Offsetgeschäfte;
- > das Arbeitslosenversicherungsgesetz und insbesondere die Kurzarbeit;
- > das NRP-Umsetzungsprogramm für die Jahre 2020-2023.

Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)

Im Jahr 2019 traf sich die EnDK zu drei Plenarsitzungen, an denen sie insbesondere Folgendes behandelte:

- > die Totalrevision des CO₂-Gesetzes;
- > das Stromabkommen mit der EU und die staatlichen Beihilfen;
- > die Revision der Wasserzinsen ab 2020;
- > die Struktur des Strommarkts 2020+;
- > die Umsetzung der Energiestrategie 2050 in den Kantonen;
- > die Umsetzung der MuKE n 2014.

Regierungsausschuss der HES-SO

Im Jahr 2019 traf sich der Regierungsausschuss der HES-SO zu drei Arbeitssitzungen.

An diesen Sitzungen behandelte er insbesondere die folgenden Punkte:

- > das Verfahren für die Zulassungsbeschränkung zum Bachelor of Arts HES-SO in Sozialer Arbeit
- > die Eröffnung eines HF-Studiengangs Pflege in Monthey;
- > den Bericht über die soziale und wirtschaftliche Lage der Studierenden;
- > die Überwachung der Zielvereinbarung 2017-2020;
- > die Genehmigung der Jahresrechnung 2018 und die Annahme des Budgets 2020.

Neue Regionalpolitik

Die neue Regionalpolitik (NRP) strebt ein auf Innovation und Produktivität beruhendes Wachstum an. Sie zielt auf eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der Regionen sowie auf die Schaffung und Wahrung von Arbeitsplätzen ab. Zu diesem Zweck fördert sie das Unternehmertum mittels Wissenstransfer, Entwicklung der Zusammenarbeit von Unternehmen sowie Erhaltung und Realisierung von Infrastrukturen, die einen Mehrwert schaffen.

Im Jahr 2019 wurden in allen von der NRP unterstützten Bereichen mehrere Projekte lanciert. Diese Projekte haben es den verschiedenen Projektträgern ermöglicht, sich im Bereich der Prozessinnovation oder der industriellen bzw. touristischen Produktinnovation günstig zu positionieren. Dabei ist es stets das Ziel, neue Kompetenzen zu erlangen und die Wettbewerbsfähigkeit der Akteure einer Region zu stärken.

Verschiedene Herausforderungen wurden mit diesen Projekten angegangen:

- > Touristische Aktivitäten entwickeln/aufwerten (Ausstellungskonzept für das neue *Maison du Gruyère*, Tourismuszentrum in Schwarzsee, die Positionierung von Freiburg, Estavayer-le-Lac und Murten bei der Aufwertung ihres historischen Erbes).
- > Die thematischen Cluster aufwerten (Plastics, Food & Nutrition, Building).
- > Die Start-ups und KMU im Kanton unterstützen und begleiten.

- > Gemeinschaftsprojekte aufstellen (Internet der Dinge, Durchlaufzeit, automatische Sicherheitsanalyse), die es den Unternehmen und akademischen Akteuren ermöglichen, an der Lösung einer bestimmten gemeinsamen Fragestellung zusammenzuarbeiten.
- > Eine Studie für ein neues Kompetenzzentrum durchführen (autonome Mobilität, Innovationszentrum Holz).

Mit dem Berichtsjahr endete die vierjährige NRP-Umsetzungsphase 2016-2019, weshalb ein neues Programm aufgestellt wurde, das sich auf die nächsten vier Jahre erstreckt (2020-2023). Dieses neue Programm wird sich auf die Biowirtschaft, den Landwirtschafts- und Lebensmittelsektor, die intelligenten Regionen (Smart Economy) und die digitale Verankerung konzentrieren. Der touristische Bereich bleibt der strategischen Stossrichtung des letzten Umsetzungsprogramms treu und konzentriert sich erneut auf die Entwicklung der Infrastrukturen, die Vereinfachung der touristischen Strukturen und die Nutzung der touristischen Trümpfe Freiburgs.

GSD

Interkantonale Zusammenarbeit

Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

Die Direktorin für Gesundheit und Soziales ist Mitglied des GDK-Vorstandes. In diesem Rahmen hat sie die Vorlage zur Einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) unterstützt; diese setzt voraus, dass die Pflege in Pflegeheimen und der Spitex darin eingeschlossen ist. Der Vorstand hat ferner nachfolgende Forderungen gestellt: eine nationale Tariforganisation für die ambulanten Tarife, eine Rechnungskontrolle für die Kantone sowie Instrumente für die Kantone, um das ambulante Versorgungsangebot steuern zu können und ein Überangebot zu verhindern.

Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)

Die SODK, deren Vizepräsidentin die Direktorin für Gesundheit und Soziales führt, hat 2019 zu verschiedenen eidgenössischen Dossiers Stellung genommen. Sie hat sich namentlich mit der Prävention von Gewalt gegen Frauen und von häuslicher Gewalt beschäftigt, wobei sie Fortschritte bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention erreicht

hat, nämlich: einen besseren Zugang zur Hilfe für Opfer und die Definition von Betreuungsmassnahmen auf Grundlage einer Analyse der Notunterkünfte (Frauenhäuser). Ein weiteres wichtiges Thema waren gewaltbetroffene Flüchtlingsfrauen in der Schweiz; wie sie wirkungsvoll unterstützt werden können, will die SODK in den nächsten Monaten vertieft prüfen.

Die SODK, der Schweizerische Städteverband, das Schweizerische Rote Kreuz, die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) und weitere Fachorganisationen haben gemeinsam die «Charta Sozialhilfe Schweiz» unterstützt. Die Organisationen bekennen sich damit zur Sozialhilfe und zur föderalen Zusammenarbeit.

Conférence latine des affaires sanitaires et sociales (CLASS)

Bei ihren vier Sitzungen im Laufe des Jahres hat die CLASS verschiedene Themen im Zusammenhang mit der obligatorischen Krankenversicherung behandelt. Sie befürwortet ein Reglement auf Bundesebene über die Rückerstattung der MiGeL-Kosten (MiGeL = Mittel- und Gegenständeliste), nachdem das Bundesgericht ein Urteil gefällt hatte, das die Krankenversicherer von diesen entbunden hatte. Bei der EFAS-Vorlage zeigte sie sich besorgt ob den finanziellen Auswirkungen der Vorlage für die Kantone und bedauerte, dass diese nicht zur Kenntnis genommen wurden. Im Rahmen der Krankenkassenprämien interessierte sich die CLASS für die 3 Initiativen des Kantons Tessin im Zusammenhang mit einer besseren Information der Kantone im Genehmigungsverfahren der Krankenversicherungsprämien, der Festsetzung eines Schwellenwerts, ab dem die Reserven der Versicherer als übermässig gelten, und der Pflicht, bei einem Kostenrückgang die Prämien zu senken. Weiter hat die CLASS noch beschlossen, ihre Arbeiten im Zusammenhang mit dem Projekt «REFORMER» im Hinblick auf einen formellen Entscheid über die Fortsetzung des Projekts im ersten Quartal 2020 fortzusetzen. Schliesslich hat sich die CLASS noch mit der Westschweizer Vereinbarung über Geldspiele befasst, die 2020 von den Kantonsparlamenten verabschiedet werden soll.

FIND

Interkantonale Zusammenarbeit

Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren

Georges Godel, Staatsrat, Finanzdirektor (FIND) ist seit 2017 im Vorstand der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK), die im Berichtsjahr einschliesslich der Vorstandssitzungen sieben Sitzungen abgehalten hat.

Die jährliche Generalversammlung fand am 6. und 7. Juni im Kanton Thurgau statt. Die FDK ist ein Zusammenschluss aller kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Zu ihren Plenarversammlungen sind in der Regel der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartements EFD, Vertreterinnen und Vertreter der Eidgenössischen Finanzverwaltung und der Eidgenössischen Steuerverwaltung sowie Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Finanz- und Steuerverwaltungen eingeladen. Haupttraktanden waren:

- > Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF);
- > Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen;
- > Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen;
- > Wohneigentumsbesteuerung;
- > Besteuerung nach dem Aufwand;
- > Quellenbesteuerung;
- > Geldpolitische Lagebeurteilung der Nationalbank;
- > Prüfung der Berichte und der Jahresrechnung der FDK und ihrer Organe (namentlich Vorstand, Koordinations- und Beratungsstelle für Fragen der Steuerpolitik, Schweizerische Informatikkonferenz, Schweizerische Steuerkonferenz, Arbeitsgruppe Finanzausgleich, Revisionsstelle).

Conférence romande de la loterie et des jeux

Mit der Konvention zwischen den sechs Westschweizer Kantonen über die Loterie Romande wurde die Conférence romande de la loterie et des jeux (CRLJ), die Westschweizer Konferenz der Lotterie und der Spiele eingesetzt. Sie hat die Aufgabe, die Koordination von Gesetzgebung und Verwaltungspolitik bezüglich Lotterien und Geldspiele im Rahmen der den Kantonen vom Bundesrecht und der interkantonalen Vereinbarung erteilten Befugnisse zu fördern.

2019 tagte die vom Georges Godel, Staatsrat, Finanzdirektor (FIND) präsierte Konferenz dreimal, und zwar am 13. Mai in Lausanne sowie am 23. September und am 25. November im Haus der Kantone in Bern. Haupttraktanden waren:

- > neues Bundesgesetz über Geldspiele;
- > Gesamtschweizerisches Geldspielkonkordat (GSK);
- > Westschweizer Geldspielkonkordat (CORJA);
- > voraussichtliche Ergebnisse der Loterie Romande für 2019 und Gewinnverteilung;
- > Gerichtsverfahren in Zusammenhang mit Tactilo und Euro Lotto.

Ausserdem fanden das ganze Jahr ausserordentliche Sitzungen statt. Eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe präsentierte die definitive Fassung einer Mustervorlage für die kantonalen Vollzugsgesetze, die von der Konferenz abgesegnet wurde. Mit dieser Mustervorlage soll die Geldspielpolitik der Kantone soweit wie möglich gemäss CORJA koordiniert und harmonisiert werden. Jeder Kanton muss nämlich auf das Inkrafttreten am 1. Januar 2021 hin ein kantonales Vollzugsgesetz in Kraft setzen (und das CORJA sowie das GSK ratifizieren).

Mit diesem kantonalen Vollzugsgesetz muss die Anwendung des Bundesgesetzes über Geldspiele vom 29. September 2017 gewährleistet werden. Das kantonale Gesetz wird diejenigen Punkte regeln, die nicht bereits im GSK und im CORJA enthalten sind, namentlich die Bewilligung und die Überwachung der Kleinlotterien und die erforderlichen Abgaben. Der Gesetzesentwurf für den Kanton Freiburg wird 2020 ausgearbeitet.

Die Konferenz hat auch zum Entwurf der neuen Statuten der Loterie Romande eine positive Stellungnahme abgegeben.

Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz

Diese Fachdirektorenkonferenz, in der der Kanton Freiburg vom Georges Godel, Staatsrat, Finanzdirektor (FIND) und vom Maurice Ropraz, Staatsrat, Sicherheits- und Justizdirektor (DSJ) vertreten wird, hielt im Berichtsjahr drei Sitzungen ab, und zwar am 8. April, am 20. Mai und am 25. November. Es ging dabei namentlich um das Geldspielgesetz, das Gesamtschweizerische Geldspielkonkordat (GSK), die regionalen Konkordate und die Verwendung der Spielsuchtabgabe sowie das Westschweizer Geldspielkonkordat (CORJA).

Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen

2019 befasste sich die FinV im Rahmen des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen mit folgenden Aufgaben:

- > Kontrolle der Daten und Analyse der finanziellen Auswirkungen des Ausgleichssystems (in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Steuerverwaltung): Prüfung der von der BAK Basel Economics erstellten Mehrjahresprognosen; Überprüfung der vom Bund unterbreiteten Zahlen 2020, Schätzung der Auswirkungen auf die Ressourcenausgleichszahlungen der Gewinne gewisser Gesellschaften, denen Steuererleichterungen gewährt wurden oder die um solche ersuchen;
- > Interventionen auf eidgenössischer und kantonaler Ebene bezüglich Finanzausgleichssystem: Vorbereiten der Antwort des Staatsrats auf die Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2020; Information und technische Unterstützung der Freiburger National- und Ständeräte bei der Behandlung der Botschaft des Bundesrats vom 28. September 2018 zur Änderung des Ausgleichssystems für die Jahre 2020 und folgende, über die die eidgenössischen Räte Ende Juni 2019 abgestimmt haben; diverse Kontakte mit anderen ressourcenschwachen Kantonen zu diesem Thema und koordinierte Interventionen auf Ebene der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) und der Konferenz der Kantonsregierungen

- (KdK) sowie beim Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD);
- > Überprüfung der Aufgabenteilung: Vorbereiten der Antworten des Staatsrats und der FIND auf diverse Vernehmlassungen und Fragebogen der KdK und des EFD zur Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen; Informationsübermittlung und Konsolidierung der Stellungnahmen innerhalb der Kantonsverwaltung;
- > Koordinationsarbeiten in Zusammenhang mit den Programmvereinbarungen im Umweltbereich: Zusammenstellung der Jahresberichte 2018 und Übermittlung ans Bundesamt für Umwelt, Stellungnahme zu verschiedenen Änderungsvorhaben bei den Programmvereinbarungen 2016-2019; Zusammenstellung und Übermittlung der Anträge des Kantons für die Rahmenprogramme 2020-2024; verschiedentlich Austausch mit den betroffenen kantonalen Direktionen und Verwaltungseinheiten;
- > Pflege administrativer Kontakte mit der FDK, der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz, dem EFD sowie den Finanzverwaltungen anderer Kantone und Antworten auf verschiedene Fragen zur NFA und zu ihrer Umsetzung.

RUBD

Interkantonnale Zusammenarbeit

Jean-François Steiert, Staatsrat, Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektor (RUBD), oder eine Stellvertretung nimmt an den folgenden Konferenzen und Vereinigungen teil:

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)

Die Jahresversammlung der Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs fand am 24. Mai 2019 statt.

Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)

Die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz hielt ihre Generalversammlung am 29. September 2019 in Aarau ab.

Westschweizer Baudirektorenkonferenz (CRTP)

Das jährliche Treffen fand heuer am 13. und 14. Juni 2019 im Kanton Jura statt.

Westschweizer Konferenz für das öffentliche Beschaffungswesen (CROMP)

Die Konferenz kam fünfmal zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Revision des Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge.

Fachkonferenz öffentliches Beschaffungswesen (FöB)

Die Konferenz tagte dreimal. Hauptthema war die Revision der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen.

Vorstand von simap.ch

Die RUBD, die den Kanton Freiburg im Verein für ein Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz (simap.ch) vertritt, ist im Vorstand und nahm an 4 Sitzungen teil, die hauptsächlich die Lancierung des neuen Plattformprojekts zum Gegenstand hatte, ein Schritt, der nötig wurde, nachdem das bis dahin verfolgte Projekt fallengelassen worden war.

Staatskanzlei

Interkantonale Zusammenarbeit

Staatsschreiberkonferenz und Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone

2019 nahm die Staatskanzlerin in ihrer Funktion als Generalsekretärin der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz (SSK) an vier Vorstandssitzungen in Bern und Luzern sowie an zwei Jahresversammlungen im Frühling (in Andermatt UR) und im Herbst (in Appenzell AI) teil. Sie nahm auch an den beiden Jahrestagungen der Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone im Frühling (FR, Freiburg) und im Herbst (NE, Neuenburg) teil. 2019 behandelten die Staatskanzlerinnen und Staatskanzler hauptsächlich folgende Themen:

- > derzeitige E-Government-Strategien vor dem Hintergrund der Digitalisierung der Verwaltung;
- > die Kommunikation der öffentlichen Organe;
- > die politischen Rechte, insbesondere das E-Voting (E-V).

Die Staatskanzlerin hat sich auch an den Diskussionen rund um das E-V beteiligt. Sie wurde in den Schweizer Steueraussschuss E-V berufen, der unter der Leitung der Bundeskanzlei steht, und nahm an den Diskussionen der aktiven oder an E-V interessierten Staatskanzlerinnen und Staatskanzler teil; das Ziel bestand darin, künftige Strategien und Massnahmen, die ergriffen werden müssen, damit die Versuche mit E-V wiederaufgenommen werden können, festzulegen.

Die Staatskanzlerin vertritt die SSK im Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK). Im Berichtsjahr hat sich der Vorstand hauptsächlich mit der Governance beschäftigt, welche die Kantone untereinander und mit dem Bund schaffen müssen, um den Fortschritt bei der Digitalisierung unseres Landes zu fördern. Er hat ein Kommunikationsprojekt zur Verwendung der AHVN (AHV-Nummer) im Zusammenhang mit den Digitalisierungsprojekten und eine Aktualisierung der allgemeinen Geschäftsbedingungen, die von der SIK herausgegeben wurden und für die Beschaffungen der Schweizer Verwaltungen im Bereich der IKT gelten, gutgeheissen.

ch Stiftung

Die Stiftung wurde von den 26 Kantonen gegründet, die alle im Stiftungsrat vertreten sind. Die Stiftung spielt eine Rolle bei der Koordination unter den Mitgliedern, fördert den Föderalismus und sorgt für die Erhaltung der Vielfalt der Sprachen und Kulturen in der Schweiz. Sie führt auch das Sekretariat der KdK und das Haus der Kantone in Bern, das die Sekretariate mehrerer interkantonaler Konferenzen beherbergt. Die Staatskanzlerin ist Mitglied des Stiftungsrats. Sie ist, als Vertreterin der Staatsschreiberkonferenz, ebenfalls Mitglied des Leitungsausschusses, der zweimal im Jahr zusammentritt.

Die Entwicklung der Institution ch Stiftung hat den Vorstand im Jahr 2019 weiter beansprucht. Es wurden gewisse Anpassungen ihrer Gründungsakte angebracht, die namentlich zu einer Steuerbefreiung beitragen. Ebenfalls wurde deren Organisationsreglement, das aus dem Jahr 1993 stammt, modernisiert. Die Entwicklung des Föderalismus-Monitoring-Konzepts und des dazugehörigen Cockpits war ein zentraler Punkt der Tätigkeit der Stiftung im Jahr 2019. Mit dem

Arbeitsprogramm 2021-2024 wurde entschieden, drei neue Projekte zu verfolgen: Veranstaltung eines Seminars zu den Grundlagen des Föderalismus für Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der Medien; ein Projekt zur Förderung des Verständnisses des Föderalismus für die Jungen; ein Arbeitsprojekt im Bereich der Transformation des Mediensektors und der Medienkonzentration. Zu diesem Thema hat die Stiftung ch 2019 eine nationale Konferenz über die Transformation der Medien organisiert, an welcher der kantonale Beauftragte für Aussenbeziehungen als Moderator wirkte.

Imagewerbung für den Kanton Freiburg

Der Verein «Fribourgissima Image Fribourg» wurde im Dezember 2013 auf Anstoss des Staatsrats aus der Taufe gehoben und führt seither erfolgreich die Bekanntheitskampagne «Freiburg macht glücklich». Der Verein besteht aus 14 Partnern und ist eine öffentlich-private Partnerschaft, bei welcher der Staat die Hälfte der Finanzierung sicherstellt. Seit 1. Januar 2019 wird das Sekretariat des Vereins von der Handels- und Industriekammer des Kantons Freiburg geführt; dieses bringt ihm eine organisatorische und logistische Unterstützung, die es für den Erfolg unbedingt braucht: Organisation der Arbeitssitzungen, Koordination der Arbeit, Umsetzung der Entscheide, Management der Social Media, Buchhaltung und Finanzhaushalt. Der Exekutivausschuss, der von der Staatskanzlerin präsiert wird, konkretisiert das

Jahresprogramm und setzt es um. Der Exekutivausschuss trat 5 Mal zusammen und setzte die Entfaltung der digitalen Kommunikationsstrategie des Projekts und die Verpflichtung des Vereins bei der Schaffung von Projekten und der Durchführung von Anlässen fort.

2019 koordinierte Fribourgissima Image Fribourg die Freiburger Präsenz am Winzerfest in Vevey. Vom 18. Juli bis 11. August 2019 besetzte der Kanton Freiburg mit seiner «Méjón Friboua» den Grossteil des Jardin Doret in Vevey und bot drei verschiedene Räume an: «Lé j'armayi», «Paradi tèrèchtre» und das «Rèchtoran». Diese Präsenz, die Tradition und Innovation verband, war Frucht einer Zusammenarbeit zwischen der Société des Armaillis de la Fête des Vignerons, historischer Partner des Fests, Fribourgissima Image Fribourg und Terroir Fribourg. Ausserdem hat der Verein unter der Führung seines Präsidenten und seines Sekretariats die Leitung und das Management des Projekts sichergestellt.

Dieses sechste Tätigkeitsjahr von «Fribourgissima Image Fribourg» war die Gelegenheit, schöne Herausforderungen zu bewältigen und gleichzeitig die Austauschplattform rund um die Bekanntheitskampagne anzureichern. Der Einsatz der Partner und deren Absicht, sich zusammen zu tun, um das Image des Kantons Freiburg zu fördern, nimmt ständig zu und wird immer intensiver.

Anhänge

Anhang I: Vernehmlassungen des Bundes

Titel	Konsultierendes Organ
Ehe für alle	NR-N
Vereinbarung über das Programm "Harmonisierung der Polizeitechnik und -informatik in der Schweiz (PTI)" und Statuten des Vereins PTI	KKJPD
Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Harmonisierung und gemeinsame Bereitstellung der Polizeitechnik und -informatik in der Schweiz (VPTI)	KKJPD
Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (E-Voting-Vorlage)	KdK
Institutionelles Abkommen Schweiz-EU	KdK
Rechtsgrundlagen für die Förderung von E-Government in der Schweiz: Diskussionspapier des EFD zuhanden der KdK	KdK
Entwurf Stellungnahme der Kantone zur E-Government-Strategie Schweiz 2020-2023 sowie zur aktualisierten Rahmenvereinbarung: Konsultation	KdK
Legislaturplanung des Bundes 2019-2023	KdK
Weiterführung von E-Government Schweiz ab 2020: Ratifizierung der Rahmenvereinbarung	KdK
Finanzausgleich 2020 zwischen Bund und Kantonen: Anhörung zum Bericht der eidgenössischen Finanzverwaltung	FK
16.452 n Pa.Iv. Rösti. Ausbau der Wasserkraft zur Stromerzeugung und Stromspeicherung. Anpassung der Umweltvertraglichkeitsprüfung	UREK-N
17.400 s Pa.Iv. WAK-SR. Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung	WAK-N
Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (Überführung der elektronischen Stimmabgabe in den ordentlichen Betrieb)	BK
Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene	SPK-S
Bundesgesetz über die politischen Rechte (Transparenz bei der Politikfinanzierung)	SPK-S
Pa. Iv. 17.412 «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter»	WBK-NR
Deklaration von Koscher- und Halalfleisch (Änderung des Landwirtschaftsgesetzes)	WBK-NR
Pa.Iv. 16.411 «Für den Persönlichkeitsschutz auch in der Aufsicht über die Krankenversicherung»	SGK-SR
18.441 Parlamentarische Initiative. Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubsinitiative	SGK-SR
Pa.Iv. 16.419 «Wettbewerbspreise bei Medizinalprodukten der Mittel- und Gegenständeliste»	SGK-NR
19.401 Parlamentarische Initiative. Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität	SGK-N
Programmteil Sachplan Militär 2017 : Anpassungen im Rahmen der ersten Objektblattserie	VBS
Totalrevision Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz	VBS
Teilrevision SpoFöV, VSpöFöP, J+S-V-BASPO und IBSV	VBS
Bericht über Vision, Strategie und Konzept zum Leitungskataster Schweiz (Bericht Leitungskataster Schweiz)	VBS
Arbeitslosenversicherung: Anpassungen zur administrativen Entlastung	WBF
Agrarpolitik ab 2022	WBF
Bundesgesetz über die Genehmigung von Freihandelsabkommen	WBF
Änderung des ETH-Gesetzes	WBF
Aufhebung der Industriezölle	WBF
Entwurf zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB-Gesetz)	WBF
Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung	WBF
Anpassung der Verordnung vom 28. Oktober 2015 über die Gebühren für den Tierverkehr (GebV-TVD; SR 916.404.2)	WBF
Änderung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Nahrungs- und Futtermitteln	WBF

Titel	Konsultierendes Organ
Brexit: Handelsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten König-reich	WBF
Totalrevision der Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen (VTN)	WBF
Anpassung des Anhangs zur Verordnung über die Meldestelle für lebenswichtige Humanarzneimittel: Eröffnung des Anhörungsverfahrens nach Artikel 11 der Verordnung über die Meldestelle für lebenswichtige Humanarzneimittel	WBF
Verlängerung und Änderung der Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft	WBF
Änderung des Embargogesetzes	WBF
Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG)	WBF
Sachplan Fruchtfolgeflächen (FFF)	UVEK
Verordnung über die Organisation der Bahninfrastruktur	UVEK
Änderung der Verkehrsregeln und Signalisationsvorschriften	UVEK
Verordnungspaket Umwelt Herbst 2019	UVEK
Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt (SIL)	UVEK
Teilrevision der Verordnung über das Abfliegen und Landen mit Luftfahrzeugen ausserhalb von Flugplätzen (Aussenlandeverordnung, AuLaV)	UVEK
Revision des Stromversorgungsgesetzes (volle Strommarktöffnung, Speicherreserve und Modernisierung der Netzregulierung)	UVEK
Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung (SEFV)	UVEK
Multimodale Mobilitätsdienstleistungen	UVEK
Änderung der ARPV - Aktualisierung Kantonsbeteiligungen ab 2020	UVEK
Verordnungspaket Umwelt Frühling 2020	UVEK
Revision der Energieeffizienzverordnung (EnEV): Anpassung der Vorschriften zu den Angaben des Energieverbrauchs und weiterer Eigenschaften serienmässig hergestellter Fahrzeuge	UVEK
Teilrevision der Verordnung über die Reduktion der CO ₂ -Emissionen (CO ₂ -Verordnung) aufgrund der Verknüpfung der Emissionshandelssysteme der Schweiz und der EU	UVEK
Neues Bundesgesetz über die pauschale Vergütung der Mehrwertsteuer auf den Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen	UVEK
Richtlinien zum Programm Agglomerationsverkehr (RPAV)	UVEK
Reform des regionalen Personenverkehrs (Änderung des Personenbeförderungsgesetzes)	UVEK
Totalrevision der Verordnung des UVEK vom 20. Dezember 2017 über Fristen und Beitragsberechnung für Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr (PAvV) bzw. Erlass der Verordnung des UVEK über das Programm Agglomerationsverkehr (PAW)	UVEK
Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport	UVEK
Erarbeitung des Sachplans Verkehr - Teil unterirdischer Gütertransport Konsultation im Rahmen der Zusammenarbeit nach Art.18 Raumplanungsverordnung (RPV)	UVEK
Anpassung 2019 Konzept Windenergie des Bundes	UVEK
Änderung des Umweltschutzgesetzes zur Umsetzung der «Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten»	UVEK
Revision der Verordnung des UVEK VFB-K	UVEK
Aktualisierung Landschaftskonzept Schweiz LKS	UVEK
Verordnungspaket Umwelt Herbst 2020	UVEK
Erläuternder Bericht zur internationalen Zusammenarbeit 2021–2024	EDA
Strassburger Übereinkommen von 2012 über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt und über seine Umsetzung (Änderung des Seeschiffahrt-gesetzes) sowie Änderung des Übereinkommens über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens	EDA
Änderung des Bankengesetzes (Einlegerschutz, Insolvenz)	EFD
Finanzdienstleistungsverordnung (FIDLEV), Finanzinstitutsverordnung (FINIV), Aufsichtsorganisationenverordnung (AOV)	EFD

Titel	Konsultierendes Organ
Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG)	EFD
Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2020/21	EFD
Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen	EFD
Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register	EFD
STAF: Verordnung über den steuerlichen Abzug auf Eigenfinanzierung juristischer Personen und Verordnungen über die Anrechnung ausländischer Quellensteuern	EFD
Anpassung der Verordnung über die Eigenmittel und Risikoverteilung für Banken und Effektenhändler (ERV)	EFD
Neue Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz, FINMAG	EFD
Bundesgesetz über elektronische Verfahren im Steuerbereich	EFD
Änderung der Verordnung des EFD über den Abzug der Berufskosten unselbstständig Erwerbstätiger bei der direkten Bundessteuer (Berufskostenverordnung)	EFD
Änderung des Kollektivanlagengesetzes (Limited Qualified Investment Funds, L-QIF)	EFD
Bundesgesetz über administrative Erleichterungen und die Entlastung des Bundeshaushalts	EFD
Ausführungsrecht zum Gesundheitsberufegesetz (GesBG) vom 30. September 2016 (Gesundheitsberufekompetenzverordnung, Registerverordnung GesBG, Gesundheitsberufeanerkennungsverordnung); Teilrevision der Medizinalberufeverordnung, Registerverordnung MedBG, Psychologieberufeverordnung, Registerverordnung PsyG	EDI
Befragung zur Erfahrungen in der Umsetzung des Betäubungsmittelgesetzes	EDI
Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Systematische Verwendung der AHV-Nummer durch Behörden)	EDI
Totalrevision der Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS)	EDI
Technischen Weisungen für Mindestmassnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest bei freilebenden Wildschweinen	EDI
Änderung Verordnung über die Deklaration von Pelzen und Pelzprodukten (Pelzdeklarationsverordnung)	EDI
Verordnung über die Unterstützung der Tiergesundheitsdienste	EDI
Vorentwurf des Bundesgesetzes über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG)	EDI
Revision von Verordnungen des Lebensmittelrechts	EDI
Totalrevision der Medizinprodukteverordnung und Verordnung über klinische Versuche mit Medizinprodukten (neue Medizinprodukte-Regulierung)	EDI
Änderung der Verordnung vom 15. Januar 1971 über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV)	EDI
Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft)	EDI
Änderung des Betäubungsmittelgesetzes (Vereinfachung und Erweiterung des Umgangs mit zulassungsbefreiten Cannabisarzneimitteln)	EDI
Bundesgesetz über Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose	EDI
Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV; SR 832.112.31); Neuregelung der psychologischen Psychotherapie im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP)	EDI
Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten	EDI
Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG)	EDI
Totalrevision der Verordnung über den Tabakpräventionsfonds (TPFV)	EDI
Änderung des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)	EDI
Änderung der Tierseuchenverordnung	EDI
Änderung von Artikel 1 IRSG – Lückenschliessung bei der Zusammenarbeit mit internationalen Strafinstitutionen	EJPD
Ablösung der Ausländerausweise in Papierform durch Ausweise im Kreditkartenformat	EJPD

Titel	Konsultierendes Organ
Teilrevision der Waffenverordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie	EJPD
Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)	EJPD
Bundesgesetz über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen und Änderung der Grundbuchverordnung	EJPD
Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2018/1240 über die Einrichtung eines Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG)	EJPD
Übernahme und Umsetzung des Reformpakets zum Schengener Informationssystem (SIS) «Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands» und Eingabe der Landesverweisungen im ZEMIS und Erstellung einer erweiterten Statistik im Rückkehrbereich	EJPD
Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA)	EJPD
Änderung der Handelsregisterverordnung und Totalrevision der Verordnung über die Gebühren für das Handelsregister	EJPD
Verordnungsänderungen zur Umsetzung der Änderung vom 14. Dezember 2018 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Verfahrensnormen und Informationssysteme)	EJPD
Änderung des Zivilgesetzbuches (Unternehmensnachfolge)	EJPD
Genehmigung und Umsetzung der Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über die Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben (Änderung des Markenschutzgesetzes)	EJPD
Teilrevision der Verordnung über die Gebühren und Entschädigungen für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (GebV-ÜPF)	EJPD
Änderung der Geschwindigkeitsmessmittel-Verordnung. Automatische Erkennung von Kontrollschildern	EJPD
Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens.	EJPD
Vernehmlassung IKT-Sicherheitsvorgaben für bundesexterne Zugriffe auf EJPD-Informationssysteme	EJPD
Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG): Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme	EJPD
Änderung des DNA-Profil-Gesetzes (Umsetzung der Motion 15.4150 Vitali „Kein Täterschutz für Mörder und Vergewaltiger“ und des Postulats 16.3003 der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates „Prüfung der Aufbewahrungsfristen für DNA-Profile“)	EJPD
Verordnung über die Auskunft zu Massnahmen des Erwachsenenschutzes	EJPD
Verordnung vom 4. Juli 2012 über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (VBVV)	EJPD
Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der Verordnungen (EU) 2019/817 und 2019/818 zur Interoperabilität (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)	EJPD
Umfrage zu den Änderungen der Gesetzesvorlage AURORA durch das Bundesparlament	BGBM

Anhang II: Direktorenkonferenzen

Direktorenkonferenzen auf nationaler Ebene (Stand am 31.12.2019)

Name	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK)	GS-Direktorin	Vizepräsidentin
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	EKS-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)	ILF-Direktorin	Vorstandsmitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	GS-Direktorin	Vorstandsmitglied
Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK)	FIN-Direktor	Vorstandsmitglied
ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	Staatskanzlerin	Mitglied Leitender Ausschuss
Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK)	EKS-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	SJ-Direktor	Mitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK)	SJ-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL)	ILF-Direktorin	Mitglied
Tripartite Konferenz (TK)	RUB-Direktor	Mitglied
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	VW-Direktor	Mitglied
Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)	VW-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)	VW-Direktor	Mitglied
Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz (FDKL)	FIN-Direktor	Mitglieder
Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)	RUB-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)	RUB-Direktor	Mitglied
Schweizerische Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Mitglied

Schweizerische Regionalkonferenzen (Stand am 31.12.2019)

Name	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweiz, Berns und des Tessins (CLDF)	FIN-Direktor	Präsident
Conférence romande de la loterie et des jeux (CRLJ)	FIN-Direktor	Präsident
Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)	EKS-Direktor	Vizepräsident
Regierungsausschuss FH-WS	VW-Direktor	Präsident seit 01.07.2019
Hauptstadtregion Schweiz	VW-Direktor	Vorstandsmitglied
Lateinische Konferenz der kantonalen Militär- und Bevölkerungsschutzdirektorinnen und -direktoren (CLAMPP)	SJ-Direktor	Mitglied
Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)	EKS-Direktor	Mitglied
Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJP)	SJ-Direktor	Mitglied
Konferenz der Militärdirektoren der Westschweiz	SJ-Direktor	Mitglied
Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	VW-Direktor	Mitglied
Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz (VDK-WS)	VW-Direktor	Mitglied
Öffentlicher Beirat EOSH	VW-Direktor	Mitglied
Greater Geneva Berne Area (GGBa)	VW-Direktor	Mitglied
Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz (CLASS)	GS-Direktorin	Mitglied
Lateinische Konferenz der in Asyl- und Migrationsfragen zuständigen Departementsvorsteher (CLDAM)	GS-Direktorin	Mitglied
Konferenz der Bau-, Raumplanungs- und Umweltdirektoren der Westschweiz und der lateinischen Schweiz (CDTAPSOL)	RUB-Direktor	Präsident seit 6.12.2019
Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO)	RUB-Direktor	Mitglied
Lateinische Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Mitglied

Anhang III: Präsidien und Vizepräsidien

Präsidien und Vizepräsidien, die von Kadern der Kantonsverwaltung ausgeübt werden (Stand am 31.12.2019)

Direktion	Verantwortliche/r	Funktion	Organ
EKSD	Generalsekretär	Präsident	Kommission der Departementssekretäre (DSK) der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)
EKSD	Generalsekretär	Präsident	Verwaltungskommission (COGEST) der Interkantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)
EKSD	Vorsteher FOA	Präsident	Lateinische Konferenz der obligatorischen Unterricht, Conférence latine de l'enseignement obligatoire (CLEO)
EKSD	Vorsteher FOA	Präsident	Kommission zur Koordination und zur Aufsicht über den Bildungsauftrag der Direktorinnen und Direktoren der Bildungseinrichtungen (FORDIF; betrifft nur die französischsprachige Schweiz)
EKSD	Vorsteher S2	Präsident	Commission des maturités spécialisées (CMS) de la CIIP
EKSD	Vorsteher S2	Präsident	Commission des coopérations multilatérales et européennes (CME) de la CIIP
EKSD	Vorsteher SpA	Präsident	Konferenz der kantonalen Sportbeauftragten (KKS; Fachkonferenz der EDK)
EKSD	Vorsteher ABBA	Präsident	Interkantonale Stipendien-Konferenz (IKSK; Fachkonferenz der EDK)
EKSD	Vorsteher KA	Präsident	Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten KBK-Westschweiz
EKSD	Generalsekretär	Vizepräsident	Schweizerische Konferenz der Departementssekretäre der kantonalen Erziehungsdepartemente (KDS)
EKSD	Vorsteher S2	Vizepräsident	Schweizerische Mittelschulämterkonferenz (SMAK)
EKSD	Rektorin Universität	Vizepräsidentin	Kammer Universitäre Hochschulen swissuniversities
EKSD	Rektorin Universität	Vizepräsidentin	Delegation Hochschulpolitische Strategie und Koordination swissuniversities
EKSD	Vorsteher KGA	Vizepräsident	Konferenz der Schweizerischen Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger
SJD	Direktor ASS	Präsident	Lateinische Konferenz der Vorsteher der Ämter für Strassenverkehr und Schifffahrt
SJD	Vorsteher BMA	Präsident	Konferenz der Vorsteher der kantonalen Ämter für Migration der lateinischen Schweiz
SJD	Chef Gendarmerie Pol	Präsident	Interkantonale Fachgruppe AMOK 2.0
SJD	Chef Gendarmerie Pol	Präsident	Interkantonale Fachgruppe GITANA
SJD	Direktor ASS	Vizepräsident	Vereinigung der Schifffahrtsämter (VKS)
SJD	Chef Sektor Schweizerpässe-Biometrie (BMA)	Vizepräsident	Verband der Kantonalen Passstellen (VKP)
ILFD	wissenschaftlicher Berater LwA	Präsident	Interkantonale Zertifizierungsstelle (OIC)
ILFD	Technischer Sachbearbeiter	Präsident	Schweizerische Vereinigung für ländliche Entwicklung suisse melio
VWD	Chef BBA	Präsident	Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (SBBK)
GSD	stellvertretende Vorsteherin KSA	Präsidentin	Asylkoordinatoren der Région Romande (Région 1)
GSD	Koordinator OHG/KSA	Präsident	Vorstand der regionalen Konferenz der OHG-Verbindungsstellen für die Westschweiz
GSD	Chef KSA	Präsident	Vorstand der ARTIAS (Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale)
GSD	Chef KSA	Präsident	Vorstand des GRAS (Groupement des Chef-fes de services des Affaires sociales des cantons romands, de Berne et du Tessin))
GSD	Leiterin GFB	Präsidentin	EGALITE.CH, Konferenz der Gleichstellungsbüros der Westschweiz
GSD	Chef JA	Präsident	Lateinischen Konferenz zur Förderung und zum Schutz der Jugend

Direktion	Verantwortliche/r	Funktion	Organ
GSD	Kantonaler Beauftragter für Suchtfragen	Vizepräsident	Konferenz der kt. Beauftragten für Suchtfragen (KKBS)
RUBD	Vorsteherin des Bau- und Raumplanungsamts	Präsidentin	Schweizerische Kantonsplanerkonferenz (KPK)
RUBD	Stellvertretender Kantonsingenieur	Präsident	Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen
SJD	Kommandant Pol	Präsident	Geschäftsleitung IPAZ
SJD	Kommandant Pol	Präsident	Arbeitsgruppe Zusammenarbeit Kantonspolizei - Gemeindepolizeikorps
SJD	Chef Gendarmerie Pol	Präsident	Stab GIRO (Interventionsgruppen der Westschweiz
SJD	Chef KTK Pol	Präsident	Halbautomatische Auswertung der Schuhspuren

Anhang IV: Interkantonale Vereinbarungen

Interkantonale Vereinbarungen in Ausarbeitung, Verhandlung oder im Ratifikationsprozess (Stand am 31.12.2019)

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktoren- konferenz	Stand
1	Interkantonale Universitätsvereinbarung (Totalrevision)	2021	Alle Kantone	EKSD	EDK	In Ratifikation
2	Convention romande sur les jeux d'argent (CORJA)	01.01.2021	West- schweizer Kantone	SJD/FIND	-	In Ratifikation
3	Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen	01.01.2021	Kantone	SJD/FIND	-	In Ratifikation
4	Fusionprojekt Murten (FR) – Clavaleyres (BE) – Gebietsänderungs-konkordat	01.01.2021	FR, BE	ILFD	-	Obligatorische Referenden am 09.02.2020.
5	Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (WFV)	01.01.2021	Alle Kantone	GSD	GDK	Gesetz und Botschaft zum Beitritt in Vorbereitung.
6	Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (Revision)	Unbekannt	Alle Kantone	RUBD	BPUK	Verabschiedung durch das Interkantonale Organ für das öffentliche Beschaffungswesen (InöB) am 15. November 2019
7	Interkantonale Vereinbarung CARA über das elektronische Patientendossier	2021	FR-VD- GE-VS-JU	GSD	-	In Verhandlung
8	Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz auf dem Gebiet der Kantone Freiburg und Waadt sowie der Republik und des Kantons Genf (Vereinbarung SIERA)	01.01.2019	GE, VD, FR	RUBD	-	Gesetz vom 8.11.18 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz (SIERA)
9	Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Sanitätskräfte bei ausserordentlichen Ereignissen	01.01.2020	Alle West- schweizer Kantone	GSD	GDK	In Verhandlung
10	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) – Änderung	01.01.2020	Alle	GSD	SODK	Beitrittsgesetz und Botschaft in Vorbereitung
11	Vereinbarung über den Einsatz und der Nutzung einer sanitätsdienstlichen Einrichtung	01.01.2020	VD, FR	GSD		Ratifikation
12	Vereinbarung über den Einsatz und der Nutzung einer sanitätsdienstlichen Einrichtung	01.01.2020	VD, FR und Montagny	GSD		Ratifikation

Anhang V: Tätigkeitsfelder der Aussenbeziehungen

Beziehungen zu Bundesbern

- > Organisieren der Kontakte und des Austauschs zwischen dem Staatsrat und den freiburgischen Vertretern in den eidgenössischen Räten;
- > Organisieren der Kontakte und des Austauschs zwischen dem Staatsrat und dem Bundesrat;
- > Organisieren der Kontakte, mitunter das jährliche Treffen, zwischen dem Staatsrat und hohen Beamten der Bundesverwaltung;
- > Verfolgen der prioritären transversalen Geschäfte, die auf Bundesebene erarbeitet werden, und nötigenfalls eingreifen. Dies geschieht jeweils auf Anfrage der betroffenen Direktionen (Geschäfte, die dem Bundesparlament unterbreitet werden) ;
- > Koordinieren auf Kantonsebene der Vernehmlassungsverfahren des Bundes und von Konsultationen anderer externer Instanzen (KdK, Bundesparlament).

Regierungszusammenarbeit und interkantonale Zusammenarbeit

- > Koordinieren der Beziehungen zwischen dem Staatsrat und der kantonalen Verwaltung mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) sowie der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK);
- > Koordinieren der inhaltlichen Vorbereitungen für die Treffen des Staatsrats mit den Regierungen der Nachbarkantone (NE, VD, BE) und weiterer Kantone;
- > Die Teilnahme des Kantons Freiburg in der Hauptstadtregion Schweiz koordinieren (HSR);
- > Vorbereiten und koordinieren des Dossiers « ch Stiftung – Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit » für die Staatskanzlerin, die Mitglied des leitenden Ausschusses dieser Stiftung ist;
- > Führen des Sekretariats der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz (CLDF).

International – Europäische Union

- > Koordinieren der Umsetzung der bilateralen Abkommen und des Dossiers der europäischen Integration im Kanton Freiburg sowie evaluieren ihrer Auswirkungen auf Kantonsebene;
- > Organisieren, im Auftrag des Vorstehers der SJD, der Vertretung des Kantons Freiburg in der Versammlung der Regionen Europas (VRE);
- > Mitwirken am Empfang von ausländischen Delegationen und Botschaftern/Konsulen;
- > Sicherstellen der Umsetzung des Abkommens über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Innovation mit der Region Grand-Est (darunter das Elsass);
- > Gemeinsam mit der Volkswirtschaftsdirektion zur Teilnahme des Kantons Freiburg am Programm Interreg V beitragen.

Besondere Aufgaben

- > Verbindung zur Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Grossen Rates;
- > Begleitung und Weiterbildung der Direktionen bezüglich der aussenbeziehungsbezogenen Thematiken.